

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
vierteljährlich 3,20 M., halbjährlich 6,20 M.,
jährlich 11,50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserations-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
je nach dem Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Veranlassungs-Aussagen 30 Pf. ...

Telegraphisch-Korrespondenz
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Mittwoch, den 15. Dezember 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die vierte Zehn-Milliardenforderung vor dem Reichstage.

Die Russifizierung Finnlands eine Gefahr für Schweden.

Aus den Kreisen der finnischen Sozialdemokratie wird uns geschrieben:

Die „Internationale Korrespondenz“ veröffentlicht in ihrer Nr. 41 einen Artikel „Der russische Vormarsch“. Der Artikel sucht die Russifizierung Finnlands durch einige Beispiele zu beweisen. Durch die Russifizierung Finnlands soll es Rußland möglich werden, an die Grenze Schwedens zu gelangen, um die Halbinsel plötzlich zu überrumpeln. Daher bedeute die Russifizierung Finnlands den ersten Schritt zur Unterwerfung Skandinaviens. Sie sei für Schweden eine sehr große Gefahr. Die „I. R.“ bedauert die Blindheit der schwedischen Politiker, vor allem der Politiker der schwedischen Arbeiterpartei. Diese seien „unheilvoll doktrinär verbohrt“ und wie verblendet irrten sie umher, ohne die Gefahr zu erkennen.

Aber die Argumente, mit denen die „I. R.“ die Russifikation Finnlands zu beweisen unternimmt, sind derart unhaltbar, daß die nationalistisch-reaktionäre Presse Rußlands an der Hand einer derartigen Beweisführung die ganze Gewaltpolitik in Finnland spielend leicht als eine gemeine Verleumdung zurückweisen kann. Daher ist es von Wichtigkeit, diese Arbeit nicht den dienstbeflissenen Presseleuten des Jaren zu überlassen, sie muß von der sozialdemokratischen Presse besorgt werden.

Die „I. R.“ führt zunächst an, Rußland begünstige die Auswanderung der Finnen, indem es den Auswanderungsagenten in Finnland Agitationsfreiheit gebe, während diese Agitation in Rußland selbst nicht zugelassen werde. Innerhalb von 10 Jahren seien aus Finnland 1 1/2 Millionen Menschen ausgewandert. Dieser Auswanderungsstrom bewirke jedoch keine Abnahme der Bevölkerung, denn die Lücke werde durch die großrussische Einwanderung mehr als wett gemacht. Auch von den russischen Soldaten blieben viele, nachdem sie aus der Kaserne beurlaubt worden seien, in Finnland. Die russisch-bäuerlich-proletarische Unterschicht werde dadurch täglich vermehrt. Ebenso werde die Zahl der russischen Einwohner in Finnland durch Anstellung russischer Subalternbeamter stets vergrößert. — Dazu komme noch die planmäßige Dezimierung der finnischen Oberklassen und der Intelligenz durch Verbannung nach Sibirien, durch Einkerkelung in die feste Schlüßelburg, Hunderte der besten Söhne des Landes schmachteten dort.

Diese ganze Serie von Behauptungen ist einfach — ohne jeden Halt! Wir sagen das durchaus nicht in dem Sinne, als gebe es in Finnland keine russische Vergewaltigung, keine Erdrosselung der finnischen Verfassung, keine Russifikation usw. Nein, diese harte Wahrheit bleibt davon unberührt. Aber die Beweise der „I. R.“ sind aus der Luft gegriffen.

Der Schreiber scheint nicht einmal zu wissen, daß Finnland eine eigene, von Rußland total abweichende Verwaltung hat. Die Zulassung oder Nichtzulassung der Auswanderungsagenten in Finnland ist eine Angelegenheit der Landesgesetzgebung und geht Rußland bisher nichts an.

Es ist wahr, die Auswanderung aus Finnland ist unerbittlich groß. Sie betrug von 1901—1908 jährlich 5,5 von 1000 Einwohnern. Die entsprechende Zahl in derselben Zeit war z. B. in Deutschland 0,4, in Rußland 1,8. Größer war die Auswanderung nur aus Norwegen (8,6), Schottland (8,7), Italien (10,4) und aus Irland (11,1). Sie war aber 1911 in Finnland auf 8,0 von 1000 Einwohnern gesunken. In der Zeit von 1900—1908 war die Auswanderung aus Finnland auffallend groß. In den ersten 5 Jahren dieser Zeit trieb die russische Zwangsrekruutierung tausende junger Leute außer Landes. Die politische Atmosphäre war gerade in den Jahren vor der russischen Revolution in Finnland derart unerträglich, daß viele den Staud des Vaterlandes von ihren Säuben schüttelten. Aber der Hauptgrund ist wirtschaftlicher Art: das Land ist industriell wenig entwickelt, und die Agrarverfassung ist derart veraltet, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung sich des Bestes des Bodens erfreut. Natürlich fällt aber sehr viel Schuld auf die russische Gewalt: es lag in ihrer Macht, die Agrargesetzgebung in moderne Bahnen zu lenken. Das hat sie nicht getan. Die Menschen finden in der Heimat nicht genügend Erwerb, sie wandern aus dem Grunde nach Amerika. Aber die Zahl der Ausgewanderten beträgt trotzdem noch nicht den zehnten Teil von der Zahl der „I. R.“

In den 10 Jahren von 1901—1910 wanderten aus Finnland 138 832 Personen aus. In derselben Zeit aber aus dem Ausland 60 877 Personen zurück. So daß nur 97 955 wirklich als Ausgewanderte anzusehen sind. In den Jahren 1911—1914 wanderten 46 824 Personen aus, während 25 540 Personen zurückgeführt sind — es verblieben in diesen vier Jahren also 21 057 Personen im Ausland. In der Zeit von 1901—1914 verlor Finnland durch Auswanderung im ganzen 1 190 112 Menschen. Das ist doch sehr viel weniger als die „I. R.“ behauptet. Andererseits kann von einer großrussischen Einwanderung überhaupt keine Rede sein. Bei der Volkszählung von 1900 wurden in Finnland im ganzen nur

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Dezember 1915. (W. L. D.)

Westlicher und östlicher Kriegsschauplatz. Keine wesentlichen Ereignisse.

Balkanriegsschauplatz.

Südwestlich und südlich von Plevlje haben die österreichisch-ungarischen Truppen den Feind erneut zum Weichen gebracht. Dort und in den ostmontenegroischen Bergen wurden etwa zweitausendfünfhundert Gefangene eingebracht.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 14. Dezember. (W. L. D.) Amtlich wird veröffentlicht: 14. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Tätigkeit der Italiener in den Judicarien dauern fort. Einzelne kleinere Angriffe des Feindes wurden abgewiesen. Der an der Straße nach St. Peter gelegene Städtel von Orty fand wieder unter Artilleriefeuer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Plevlje erlärten unsere Truppen die montenegroischen Stellungen auf der Brana Gora. Im Raume nördlich von Berane drachten wir neuerlich zweitausenddreihundert Gefangene ein.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Dosefer, Feldmarschallleutnant.

5000 Russen gezählt, und zehn Jahre später war ihre Zahl auf 7830 gestiegen — das Militär ist nicht gezählt worden. Prozentual stieg die Zahl der russischen Einwohner in Finnland von 2,2 (1900) auf 2,5 (1910) auf je 1000 Einwohner. — Was nun die Vermehrung der russisch-bäuerlichen Proletariatschicht durch die Soldaten, die im Lande verbleiben, anlangt, so kann konstatiert werden, daß es zurzeit noch nicht einmal die geringsten Anfänge einer solchen Schicht gibt. Wenn einige russische Soldaten wirklich im Lande bleiben, so handelt es sich nicht um solche, die auf dem besten Wege sind, mit den Finnen zu verschmelzen. Anstatt zu russifizieren, werden diese wenigen selbst finnisiert.

Was dato haben die Finnen ferner noch nicht zu beklagen, daß Hunderte der besten Söhne der Intelligenz in Sibirien, in Schlüßelburg usw. schmachten. In der Schlüßelburg gibt es wohl keinen einzigen Finnen, und die nach Sibirien verbannten Intellektuellen sind auch noch an den Fingern heranzuzählen. Vor dem Kriege wurden aus Finnland nur einige Sozialdemokraten nach Sibirien verbannt, und zwar solche, die sich nicht auf die Staatszugehörigkeit Finnlands stützen konnten.

Finnische Sozialdemokraten wurden ihrer Bestimmung wegen bis dahin nicht nach Sibirien verbannt. Man hätte dann vielleicht über 80 000 Menschen dorthin schleppen müssen. Erst während der Kriegsdauer und auf Grund des Belagerungszustandes, wobei die Gewalttäter die finnischen Gesetze ohne weiteres übertreten zu dürfen glauben, sind drei sozialdemokratische Redakteure und einige andere Personen nach Sibirien geschleppt worden. In die Hunderte reicht ihre Zahl zum Glück noch nicht. Und nicht die große Zahl der Opfer ist es, was Finnland beunruhigt, sondern die Tatsache des Verfassungsverstoßes, der Außerachtlassung der Landesgesetze, die Verletzung der Grundlagen des Rechts! Größer ist die Zahl der Magistratspersonen, Richter usw., die wegen Mißachtung des von Rußland gewaltsam gegen die Gesetze des Landes und entgegen allen Rechtsbegriffen Finnlands aufgezwungenen sogenannten „Gleichstellungsgegesetzes“ nach Petersburg verschleppt und dort, vom finnischen Standpunkt betrachtet, ungesetlich mit vier bis zehn Monaten Gefängnis und auf zehn Jahre Aberkennung der Amtsfähigkeit verurteilt worden sind. Aber auch hier verfolgt man die Herren nicht in der Absicht, um ihnen Stellen abzujagen und sie russischen Beamten zuzuweisen. Auf diesem Wege ist noch kein Russe in Finnland direkt auf einen Posten gekommen. Allerdings hat man in Rußland mit diesem sogenannten Gesetz im Auge gehabt, Beamtenstellen zu gewinnen. Denn ohnedies war der Rat auf Grund der finnischen Verfassung gehalten, das Land durch Landesangehörige verwalten zu lassen. Das „Gleichstellungsgegesetz“ soll eben die Russen mit den feindlichen Staatsangehörigen gleichstellen.

Ein großer Teil der russischen Einwohner in Finnland gehört zu den Bewohnern von St. Petersburg. In der Nähe der Bahnlinie zwischen Petersburg und Wiborg sind nach und nach in den Wäldern und am Strande in Finnland zahlreiche Villenkolonien, Sommerkurorte und Ansiedelungen entstanden, in denen

Tausende von den Bewohnern der russischen Residenz für den Sommer Aufenthalt nehmen. Viele von ihnen verbleiben aber auch im Winter dort. Insofern es sich um Erwerbstätige handelt, halten sie sich nur nachts und an Sonn- und Feiertagen dort auf dem Lande auf, während ihre Familienangehörigen, die nicht an die Stadt gebunden sind, ständig dort wohnen. Diese russischen Ansiedlungsstationen üben gewiß ihren Einfluß auf die umgebende finnische Bevölkerung aus. Da es sich um eine mehr begüterte Bevölkerung handelt, ist sie von der Landesbevölkerung gern gesehen. Dabei stellt es sich denn auch heraus, daß Finnen, die mit jenen Villenkolonien direkt zu tun haben, sich einige Sprachkenntnisse im Russischen aneignen, daß russische Münze zur Zahlung angenommen wird usw. Finnische Nationalisten sehen diese Erscheinung keineswegs mit liebevollen Augen an. Eine Russifizierung der Finnen befürchtet aber davon niemand. — Außerdem gibt es in den Städten Finnlands russische Händler und Unternehmer. Diese wirken aber keineswegs russifizierend, sondern sie geben meist in der zweiten oder dritten Generation zu Finnen resp. Schweden über. Allerdings macht die russische Gewalt Versuche und ergreift Maßnahmen, um die in Finnland lebenden Russen vor einer Entnationalisierung zu bewahren. So unterhält sie mit großen Kosten russische Schulen usw. Vorläufig gehen aber diese Bestrebungen immer noch darauf aus, die Russen ihrer russischen Nationalität zu erhalten, nicht, die 2,0 Millionen Finnen und die etwa 400 000 Schweden des Landes zu russifizieren. Ob es immer so bleiben wird, wer vermag das zu sagen? Jedenfalls aber kann man dessen versichert sein, daß für die nächsten Generationen keine Russifizierung des finnischen resp. schwedischen Volkes zu erwarten ist.

Wenn also die Wahrung der Nationalität als eine Garantie dafür angesehen wird, daß Skandinavien von den russischen Truppen heimlich überrumpelt werde, so ist die Sicherheit der skandinavischen Halbinsel für absehbare Zeit gewährleistet.

Die Russifikation Finnlands wird von der russischen Gewalt vorab in einer anderen Form angestrebt, nämlich in der Form der Erdrosselung der politischen Autonomie des Landes. Seine eigene Gesetzgebung und Rechtspflege, Verwaltung, Polizeiwesen usw. sollen beseitigt und durch russische ersetzt werden, das heißt Finnland soll in jeder Hinsicht auf die Stufe eines russischen Gouvernements gebracht werden. Die Landesbewohner selber würden dann von der Landesverwaltung usw. ausgeschlossen werden, die Verwaltung und Regelung des staatlichen Lebens fiele dann russischen Beamten in die Hände. Indirekt soll die Russifikation der Administration nach und nach die Massen des Volkes dazu zwingen, Russisch zu lernen und — russisch zu werden. Das ist die gewöhnliche Russifizierungspraxis in allen anderen sogenannten „Grenzgebieten“ mit „nicht russischer Bevölkerung“, so zum Beispiel in Livland, in Estland, in Littauen, Polen usw. Man konnte aber auch bei diesen Völkern noch nirgends das gesteckte Ziel — die Entnationalisierung erreichen. In Finnland wird es — dank der bisherigen Autonomie — noch unendlich viel schwieriger, wenn nicht ganz aussichtslos sein.

Die Befestigung der Verfassung Finnlands ist für die russische Reaktion auch aus dem Grunde von Bedeutung, weil sie dadurch das provozierende Beispiel eines mehr als Bürgerrecht und -freiheit ausgebaute Staatswesens aus der gefährlichen Nähe zu rücken hofft. Daran, daß die Russifikation Finnlands es Rußland ermöglichen soll, große Truppenmassen unbemerkt an die schwedische Grenze zu werfen, wie die „I. R.“ behauptet, denkt die russische Gewalt wohl am allerwenigsten oder gar nicht.

Der „I. R.“ schien es angebracht, in Schweden die Kriegsbege zu unterstützen. Dazu war es notwendig auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen, die dem Lande durch die Russifikation Finnlands drohen sollte. Die Russifikation besteht wirklich, doch sind die Beweise, die die „I. R.“ herangeführt hat, völlig haltlos und daher irreführend. Auch ist der Hauptzweck der Russifikation ein ganz anderer und trifft Finnland, nicht Schweden. — Damit soll keineswegs gesagt sein, als wäre Rußland der lieblichste und friedfertigste Nachbar Schwedens. Macht man jedoch die Überwältigung Schwedens von der völligen Russifikation Finnlands abhängig, so könnte Schweden noch viele Generationen ohne Sorge sein, denn Finnlands nationale Russifikation hat noch gute Weile.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 13. Dezember. (W. L. D.) Aus dem Hauptquartier wird gemeldet: Der 12. Dezember des Jahres 1915 wird für die bulgarische Armee und das bulgarische Volk von großer historischer Bedeutung bleiben. Heute hat unsere Armee die letzten drei mazedonischen Städte, welche sich noch in den Händen unserer Feinde befanden, besetzt: Doiran, Gevgheli, Struga.

Die letzten Kämpfe mit den Engländern, den Franzosen und den Serben spielten sich an den Ufern der Seen von Dorian und Dohrida ab. Der Feind wurde überall geschlagen. Mazedonien ist befreit, und auf dem mazedonischen Boden befindet sich kein einziger feindlicher Soldat mehr.

Ueber die Operationen dieses Tages wird folgendes gemeldet: Nach der gestrigen Niederlage der Engländer und Franzosen auf dem rechten Wardaruf und nach dem Durchbruch im Zentrum nahe dem Dorfe Furka zog sich der Feind gegen das neutrale griechische Gebiet zurück, von unseren Truppen verfolgt bis zur griechischen Grenze. Die Stadt Doiran wurde mittags 12 Uhr genommen. Die Bevölkerung nahm unsere Truppen mit unbeschreiblichem Jubel auf. Unaufhörlich durchbrausten Hurraufe auf S. M. den Jaren die Luft. Unsere Soldaten wurden mit Blumen überschüttet. Die Gefangenen, Toten und Verwundeten gehören hauptsächlich der 10. und 22. englischen Division an, bestehend aus den 29., 30., 31., 65., 66. und 67. Infanteriebrigaden, welche endgültig geschlagen wurden und auf ihrem Rückzuge Kanonen, Gewehre usw. zurückgelassen haben. Das ganze Kampffeld ist mit Ausrüstungsgegenständen überfüllt. Bisher wurden 200 gefangene englische Soldaten gezählt.

Die Kolonne, die die Franzosen auf dem rechten Ufer des Wardar verfolgte, warf die französischen Truppen nach einem kühnen und energischen Angriff aus ihren Stellungen hinaus und drängte sie nach der griechischen Grenze.

Um 5 Uhr 20 Minuten nachmittags wurde die Stadt Geshelli von unseren Truppen besetzt. Die Franzosen haben vor ihrem Rückzuge die Kasernen und die Stadt mit zwei Krankenhäusern in Brand gesteckt, die Eisenbahnbrücke über den Wardar südlich von Geshelli wurde gesprengt. Die Zahl der Gefangenen und der Trophäen ist noch nicht gezählt. Die Armee des Generals Sarrail ist von der Linie Doiran—Geshelli an die griechische Grenze zurückgeworfen.

Es muß anerkannt werden, daß die französischen Truppen viel tapferer als die englischen kämpften. In den zehntägigen Operationen, welche in der Geschichte als die „Operationen am Wardar und Karassu“ werden bezeichnet werden, kämpfte gegen unsere Truppen eine Armee von 97 000 Franzosen und 78 000 Engländern, im ganzen also über 170 000 Mann mit 600 Feldgeschützen, 130 Gebirgsgeschützen und 80 schweren Kanonen.

Die letzten Reste der serbischen Armee, welche von Bitolia über Dohrida und Struga nach Albanien zurückzogen, zogen sich nach ihrer Niederlage bei Dohrida am linken Ufer des Schwarzen Drin zurück, wobei sie alle Brücken über diesen Fluß vernichteten. In der Frühe des heutigen Tages haben unsere Truppen bei Struga den Fluß Drin passiert. Südlich dieser Stadt griffen sie die serbischen Truppen energisch an, machten 400 Gefangene und nahmen drei Geschütze. Die Verfolgung in der Richtung gegen Elbasan wird fortgesetzt.

Die Mobilmachung der bulgarischen Armee wurde am 10./23. September erklärt. Sechs Tage später begann die Konzentration der Truppen. Die Operationen gegen die Serben wurden am 1./14. Oktober begonnen, und 40 Tage später, d. h. am 10./23. November war die serbische Armee bei Pristina und Verisowitsch endgültig geschlagen und auf albanisches Gebiet zurückgedrängt. Am 16./29. November wurden bei Prizrend und Kula Luma die letzten Reste der serbischen Armee gefangen genommen. Am 20. November bis 8. Dezember begannen die Operationen am Wardar und Karassu gegen die Engländer und Franzosen. Im Laufe von 10 Tagen war die Expeditionsarmee des Generals Sarrail geschlagen und auf neutrales Gebiet zurückgeworfen. Am 12. Dezember war ganz Mazedonien besetzt und kein einziger feindlicher Soldat befindet sich mehr auf mazedonischem Boden. Dies ist der Tag seiner Befreiung.

Die Verfolgung des Feindes ist augenblicklich eingestellt. Folgende Depesche des Kommandierenden der 2. französischen Armee vom 29. November Nr. 2007 charakterisiert die Franzosen. Die Depesche lautet: „Die französischen Truppen haben in den von ihnen besetzten Ortschaften die ganze Bevölkerung zurückgedrängt und auf alle ihre Güter, Lebensmittel, Hausgerät, Vieh usw. Hand gelegt.“ Da sie jedoch ihren Mißerfolg voraussahen, haben sie die Nahrungsmittel wieder an jeden verteilt und den Rest auf ihrem Rückzuge verstreut. Die besseren Gebäude wurden in Brand gesteckt, so daß die Bevölkerung nach ihrer Rückkehr kein Dach und keine Nahrung mehr finden kann.

### Bulgarien als Sieger.

Sofia, 14. Dezember. (W. L. B.) „Utro“ meldet: Der Ministerrat hat beschlossen, die Sobranje auf den 28. Dezember einzuberufen. Er hat festgestellt, daß die Lage Bulgariens günstig ist. Der Feldzug gegen Serbien ist glänzend durchgeführt. Bulgarien hat sein Gebiet um 50 000 Quadratkilometer vergrößert; seine Kräfte sind so erhalten, daß es im Verein mit seinen Verbündeten allen Ereignissen gegenüber gerüstet dasteht. Die Sobranje wird sich in erster Linie mit finanziellen Gesetzentwürfen befassen, u. a. mit einem Kriegskredit von 150 Millionen. Die Regierung wird am 4. Januar zu Ende gehen. Die Regierung ist davon verständigt worden, daß sie auf die Unterstützung aller Parteien außer den Sozialdemokraten rechnen kann. In der ersten Sitzung wird Radostawow eine Rede über die äußere und die innere Politik halten.

### Der Rückzug der Ententetruppen auf Saloniki.

Saloniki, 14. Dezember. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Die englisch-französischen Truppen ziehen ihren planmäßigen Rückzug diesseits der griechischen Grenze mit ganz geringen Verlusten fort. Der Zugang englischer Verstärkungen dauert an. Der Eisenbahnverkehr auf der Verbindungslinie der Orientbahn mit Saloniki ist eingestellt. Geshelli steht im Flammen.

### Zur Lage in Saloniki.

London, 13. Dezember. (W. L. B.) Neuter erfährt von diplomatischer Seite, daß der König von Griechenland in der Audienz des diplomatischen Korps am Sonnabend persönlich Zusicherungen gab, die als zufriedenstellend betrachtet werden.

Paris, 14. Dezember. (W. L. B.) Im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten gab Briand Erklärungen über die Lage auf dem Balkan ab und versicherte, daß über die zu treffenden Maßnahmen und ihre Ausführung Einigkeit unter den Alliierten bestehe.

Paris, 14. Dezember. (W. L. B.) Nach Blättermeldungen haben die Gesandten des Vierverbandes den griechischen Ministerpräsidenten Skuludis besucht und amtlich verständigt, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Griechenland aufgehoben worden seien; die in den Häfen festgehaltenen griechischen Schiffe würden alsbald freigelassen werden.

### Der montenegrinische Bericht.

Cetinje, 14. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher montenegrinischer Kriegsbericht vom 11. Dezember. Am Vor-

mittag warfen zwei österreichisch-ungarische Flugzeuge sieben Bomben auf Skutari, ohne Schaden anzurichten. Am Nachmittag warfen fünf andere Flugzeuge 10 Bomben auf Arbidari. Zwei Bomben fielen auf die Gärten des Landhauses des Kronprinzen Danilo. Eine Bombe explodierte auf dem Wagon der Tabakregie, richtete aber nur Schaden von geringer Bedeutung an. Endlich wurden durch zwei auf Duleigno geworfene Bomben einige Zugtiere getötet.

### Englische Darstellung der Rückzugskämpfe.

London, 13. Dezember. (W. L. B.) Reuters Sonderkorrespondent in Mazedonien meldet über die Rückzugsgeschichte: Unsere am meisten vorgeschobene Stellung war unter dem Namen Rody Deal bekannt. Der Angriff der Bulgaren begann am 6. Dezember um 3 Uhr morgens mit einer entsetzlichen Flut von Projektile, die unsere Laufgräben überschüttete, während explodierende Granaten die Felsen zerplitterten und Stücke davon nach allen Richtungen weggeschleuderten. Die Wirkung des Feuers wurde dadurch sehr stark erhöht. Hierauf rückte die bulgarische Infanterie in Massensformation an. Sie mußte dafür büßen, obwohl wir infolge von Kanonemangel nicht imstande waren, ihre Glieder, die ganz ohne Bedenkung vorgingen, entsprechend unter Feuer zu nehmen. Unsere Mannschaften schossen im Schnellfeuer auf die anrückenden Massen, bis sie keine Munition mehr hatten, und versuchten dann den Angriff mit dem Bajonett aufzuhalten. Sie wurden jedoch durch die Hebrmacht überwältigt. Trotzdem hatten die erlittenen Verluste die Bulgaren sehr vorsichtig gemacht. Als sie sich der zweiten Linie näherten, bombardierten sie, nachdem sie sich auf den Zentimeter genau eingeschossen hatten, unsere Laufgräben mit Schrapnell und Granaten. Die Stellung war infolge des feindlichen Feuers bald unhaltbar geworden. Wir zogen uns so dann auf unsere dritte Verteidigungslinie zurück. Zwei Kompagnien eines irischen Regiments waren auf der Spitze eines Hügel, welcher als Stützpunkt bekannt ist, obwohl sie nur über Gewehre verfügten. Es blieb beinahe niemand von ihnen am Leben, aber ihr Widerstand machte großen Eindruck auf die Bulgaren, die aufgehalten wurden und uns die nötige Zeit gewährten, unsere Verteidigungslinie instand zu setzen. An dieser dritten Verteidigungslinie wurden die Bulgaren schließlich aufgehalten.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Nachdem die Deutschen in der Champagne südlich des Hügel von Le Mesnil eine Mine vor einem unserer Schützengräben zur Entzündung gebracht hatten, besetzten wir den Sprengtrichter. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Paris, 14. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Sehr lebhaftes Artillerietätigkeit im Artois südwestlich vom Beaurain, wo wir ein deutsches Schanzwerk zerstörten, nördlich von der Aisne und in der Champagne in der Gegend des Hügel von Mesnil. In St. Mihiel beschädigten unsere Batterien ernstlich die einzige deutsche Brücke, die das Anschwellen der Maas noch übrig gelassen hatte. Bei St. Mihiel nördlich von St. Mihiel verursachten unsere Schüsse schwere Schäden einem deutschen Blockhaus. Neue Berichte von Augenzeugen besagen, daß unsere vorgestrige Beschichtung des Geschützes von Vouchoy (Haute Meuse) ausgezeichnete Wirkungen erzielt hat. Deutsche Schützengräben wurden vollständig zum Schweigen gebracht und eingedeckt, mehrere Maschinengewehre zerstört.

Belgischer Bericht: Die Nacht verlief an der Front ruhig. Heute führten unsere Batterien wirksame Beschichtungen verchiedener feindlicher Batterien und Truppen sowie eines deutschen Lagers bei Arhen aus.

Orientarmee: Nachdem wir am 11. Dezember alle bulgarischen Angriffe abge schlagen hatten, nahmen die französischen Truppen in der Nacht vom 11. zum 12. und am Morgen des 12. Dezember ihre Rückzugsbewegungen kampflos wieder auf. Trotz der Geländeschwierigkeiten vollzogen sich diese Bewegungen vorchriftsmäßig. Das ganze Kriegsmaterial wurde in Sicherheit gebracht. Am 12. Dezember besetzten wir die Linie Geshelli—Alindir.

Dardanellenarmee: Der 11. und der 12. Dezember zeichneten sich durch lebhaftes Artillerietätigkeit aus. Am 12. ließen wir zwei Minen springen, die bedeutenden Schaden in den türkischen Linien anrichteten. Da der Feind keine Schützengräben sofort wieder besetzte und Versorben vorschickte, trat unsere schwere Artillerie in Tätigkeit und brachte ihm empfindliche Verluste bei.

### Frenchs Meldung.

London, 13. Dezember. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amtlicher Bericht aus dem britischen Hauptquartier in Frankreich: Gestern abend ließen wir an der Front von Sibensch eine Mine springen und besetzten den Trichter. Wir besetzten die feindliche Stellung östlich von Ypern und bei Prelinghin. Mit schweren Haubizen beschoßen wir einen feindlichen Wirtenschack nördlich des La Bassée-Kanals. In der Gegend der Somme kam es zu einigen Gefechten mit Laufgrabenmörsern und Gewehrgranaten.

### Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 14. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 13. Dezember 1915. Auf der Westfront keine wesentliche Veränderung. — Westlich des Boginskioles drangen unsere Truppen in Woinjuch ein und warfen eine halbe deutsche Kompagnie im Bojonettkampf aus dem Dorfe. Ein Offizier und einige Soldaten mit einem Maschinengewehr wurden gefangen genommen. — Im Kaukasus keine Veränderung.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Montag. An der Isonzo-Front und auf dem Karst entwickelte der Feind gestern lebhaftes Artilleriekämpfe. Gegen Abend setzte seine Infanterie zum Angriff in der Richtung gegen Oslavija und Selz an, wurde aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. An den Südhängen des Kalvarienberges westlich von Görz eroberten unsere Abteilungen unter dem Schutze des Nebels einen feindlichen Schützengraben, wo ihnen etwa 80 Gewehre, viel Munition und anderes vom stiehenden Feind zurückgelassenes Kriegsmaterial in die Hände fiel.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 14. Dezember. (W. L. B.) Das Hauptquartier meldet: Von der Frontfront liegen keine neuen Nachrichten vor. An der Kaukasusfront wiesen wir Heberumpelungsversuche ab, welche der Feind mit kleinen Abteilungen an einigen Abschnitten unternahm. — Von der Dardanellenfront wird berichtet: Bei Anafarta beschoßen feindliche Panzerschiffe, die dabei von Beobachtungsbalkons unterstützt wurden, einen Augenblick unsere Stellungen. Unsere Artillerie erwiderte das Feuer und beschoß wirksam die Schützengräben und Batterien des Feindes. Bei Ari Burun ziemlich heftiges Bombenwerfen und Geschützkampf mit Zwischenpausen. Bei Sedd ul Bahr schleuderte der Feind in der Nacht vom 11. zum 12. Dezember gegen unseren

linken Flügel eine ziemlich große Menge Bomben. Am 12. Dezember versuchte der Feind, nachdem er eine Stunde lang Bomben aller Art und Lufttorpedos gegen diesen Flügel geschleudert und ein sehr heftiges Gewehr- und Geschützfeuer gegen denselben gerichtet hatte, einen Angriff, welcher jedoch durch eine kräftige Antwort unserer Artillerie, die den Feind zwang mit großen Verlusten nach seinen Schützengräben zurückzuführen, vollständig abge schlagen wurde.

Konstantinopel, 14. Dezember. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers:

An der Frontfront nimmt die Tätigkeit der feindlichen Artillerie bei Kut el Amara von Tag zu Tag ab infolge unseres heftigen Gegenfeuers. Unsere Truppen näherten sich infolge geglückter Angriffe dicht der feindlichen Hauptstellung.

An der Kaukasusfront mit Ausnahme von Scharmügeln der Vorposten nichts von Bedeutung.

An der Dardanellenfront beschoß unsere Artillerie erfolgreich feindliche Stellungen bei Anafarta und feindliche Schiffe bei Remisiliman und zwang sie, sich zu entfernen. Die feindliche Artillerie antwortete nicht. Bei Ari Burun Minenverfertigung und ein ziemlich heftiger, aber aussehender Artilleriekampf. Bei Sedd ul Bahr fand in der Nacht vom 12. zum 13. gegen unseren rechten und linken Flügel ein Gefecht mit Bomben und Lufttorpedos statt. Unsere Artillerie beschoß eine feindliche Feldhaubitzenbatterie und sprengte ein Munitionsdepot dieser Batterie in die Luft. Am 13. Dezember fand ein sehr heftiges Bombengefecht gegen unsere Laufgräben im Zentrum statt. Unsere Artillerie nahm erfolgreich Artilleriestellungen des Feindes unter Feuer und zerstörte ein Blockhaus und zwei Brücken über den Kerevizdere.

### Italienische Sozialisten für den Frieden.

In Mailand wurden Plakate angeschlagen, in denen zum Friedensschluß aufgefordert wird. Es sind deswegen zahlreiche Sozialisten verhaftet worden.

### „Träumereien, Hypothesen, Illusionen?“

Die französische Presse und die Rede des Reichskanzlers. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt unter obiger Überschrift:

„Wie sich bei näherer Durchsicht der hier eingetroffenen französischen Blätter zeigt, haben die telegraphischen Berichte über die französischen Kommentare zur Rede des Reichskanzlers einiges, was gerade besonders interessant ist, nicht erwähnt. Es ist natürlich richtig, daß der „Temp“ und andere Blätter den üblichen Phrasentons anschlagen und sich stellen, als glaubten sie, die Entente werde den Zentralmächten den Frieden diktieren können. Aber selbst in der nationalitätlichen Pariser Presse findet man Äußerungen, die deutlich erkennen lassen, daß manche Franzosen, die ihre Friedenssehnsucht nur nicht offen zu bekennen wagen, der Kanzlerrede mit allerlei Empfindungen entgegensehen. Schon die folgenden Zeilen aus der „Patrie“ verraten dem, der zu lesen versteht, die sehr gemischten Gefühle des Artikelschreibers:

„Gewiß, Herr v. Bethmann Hollweg hat die Forderungen, welche die Zentralmächte im Augenblick der Verhandlungen erheben wollen, nicht im einzelnen erörtert. Aber aus der allgemeinen Formulierung erkennt man, daß die unannehmlichen Alldeutschen im Rate der Regierung triumphierten, und daß die Regierung — weit davon entfernt, wie es ihre geheimen Abgesandten glauben machen wollen, sich zu Veröhnungspfindern zu verstehen —, unter dem Vorwande, die zukünftige Ruhe Europas zu sichern, territoriale Annexionen begehrt.“

Sehr viel klarer noch ergeben sich gewisse Stimmungen aus dem Artikel, den die nationalitätliche „Presse“ den Ausführungen des Reichskanzlers widmet. Dort heißt es:

„Wir müssen also die Situation so sehen, wie sie ist, und das bedeutet die Notwendigkeit, den Krieg fortzusetzen.“

Es ist beinahe das salus ex inimicis, die vom Feinde kommende Rettung, die uns die Summe des Hasses bringt, da sie zur klaren Vernunft und zum kritischen Sinn diejenigen Geister zurückdrückt, die sich vielleicht in Träumereien, Hypothesen, Ungewissheiten und Illusionen verirren.“

Das nationalitätliche Blatt sagt also, daß es vor der Rede des Reichskanzlers in Frankreich Leute gab, die der bevorstehenden Reichstagsführung mit Illusionen entgegenkarrten und nun „zur klaren Vernunft“ zurückgerufen wurden. Wir haben hier nicht verschwiegen, daß uns in der Antwortrede des Reichskanzlers das zu fehlen schien, was vielleicht geeignet gewesen wäre, die Friedensbewegung bei den gegnerischen Völkern kraftvoll vorwärts zu treiben. Dennoch sollten diejenigen Franzosen, die sich, der „Presse“ zufolge, mit „Träumereien, Hypothesen, Ungewissheiten und Illusionen“ abgaben, begreifen, daß die Rede des Reichskanzlers anders ausgelegt werden kann, als die nationalitätlichen Blätter sie auslegen, und daß die „klare Vernunft“ ganz gewiß nicht auf Seiten der falschen Siegespropheten ist.“

### Kriegsfragen im Unterhaus.

London, 14. Dezember. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Im Unterhause sagte Lord Robert Cecil bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Ausbreitung des Gesetzes über den Handel mit den Feinden: der Zweck der Vorlage sei, den Handel mit feindlichen Firmen in neutralen Ländern, der jetzt gefählich möglich sei, zu verhindern. Bisher galten die Unterthanen feindlicher Staaten in den neutralen Ländern als neutral. Jetzt soll eine schwarze Liste solcher Firmen angelegt werden und die, welche mit ihnen Handel treiben, sich einer Strafverfolgung aussetzen. Sir Arthur Markham fragte: ob es dem Staatssekretär des Außenwerts bekannt sei, daß in den Blättern der neutralen Länder behauptet wird, daß Frankreich und England durch die Entsendung von Truppen nach Serbien über griechisches Gebiet die Neutralität Griechenlands verletzen hätten, ebenso wie Deutschland im Jahre 1914 die Neutralität Belgiens verletzt habe; ferner, daß der deutsche Reichskanzler am 9. Dezember im Reichstag dieselbe Beschuldigung ausgesprochen habe. Er fragte, ob der Unterstaatssekretär etwas tun wolle, um für die Bekanntheit der Tatsache in den neutralen Ländern zu sorgen, daß die griechische Regierung durch Vermittlung ihres Ministerpräsidenten England ersuchte, Truppen über Saloniki nach Serbien zu senden und dadurch Griechenland in die Lage zu versetzen, seinen Vertragspflichten gegen Serbien nachzukommen. Lord Robert Cecil antwortete: Ich weiß, wie solche Behauptungen in der Presse der neutralen Länder auftauchen. Sie stehen aber auch dort auf Widerspruch, ohne daß die britische Regierung darauf irgendeinen Einfluß ausüben könnte. Sollte die Gefahr über diesen Punkt gelangen, dann werde er dem gegebenen Will Rechnung tragen. Der Solicitor-General Cave erklärte in Erwiderung auf kritische Bemerkungen über den niederländischen Heeresvertrag, er wolle zwar nicht behaupten, daß die Vereinbarungen, die mit den niederländischen Kaufleuten geschlossen wurden, fehlerlos seien, aber er habe viele führende

Leute des Ueberseetrusts gesprochen und sei zu der Ansicht gelangt, daß man aufrichtig wünsche, England gegenüber loyal vorzugehen. Das Abkommen mit dem Ueberseetrust sei von großem Werte für Holland und auch für England. Sir Arthur Marshall fragte, ob der Solicitor-General verneinen wolle, daß an der Spitze des Kohlenbureaus, das vom niederländischen Ueberseetrust beauftragt werde, frühere führende Männer des rheinisch-westfälischen Kohlenzweigs stünden. Er machte sich erhebtig, Namen zu nennen. Cawc antwortete, daß jede Mitteilung darüber genau untersucht werden würde. Seiner Meinung nach bestohe das Kohlenbureau aber aus den vornehmsten holländischen Kohlenhändlern. Er wisse allerdings nicht, ob einige davon früher an deutschen Kohlengruben interessiert waren.

### Vertagung der italienischen Kammer.

Rom, 14. Dezember. (W. L. B.) Die Kammer hat sich gestern bis zum 1. März 1916 vertagt. In einer kurzen Schlußansprache sagte Ministerpräsident Salandra, er sei überzeugt, daß die Kammer einzig sei in dem Wunsche nach einem würdigen und ehrenvollen Frieden, der jedoch nur durch den Sieg zu erreichen sei. Der Krieg werde lang und hart, aber von unfehlbarem Triumph gekrönt sein. Kammerpräsident Marcora sprach den Wunsch aus, das italienische Volk möge seine Einigkeit bewahren, die ihm den gewissen Sieg bringen werde. Unter den üblichen Hochrufen auf die Armee und den König wurde dann der Vertagungsantrag angenommen.

### Das Verfahren gegen den Redakteur des „Telegraaf“.

Amsterdam, 14. Dezember. (W. L. B.) Chefredakteur Schröder vom „Telegraaf“ wurde heute von der Anklage, die Neutralität Hollands in Gefahr gebracht zu haben, freigesprochen.

Eine andere Meldung sagt: Chefredakteur Schröder vom „Telegraaf“ bleibt trotz des heute erfolgten Freispruchs von der Anklage, die niederländische Neutralität durch eine Notiz in seinem Blatte gefährdet zu haben, wegen einer anderen gegen ihn anhängigen Strafverfolgung vorläufig in Präventivhaft.

### Anklage gegen einen dänischen Journalisten.

Kopenhagen, 14. Dezember. (W. L. B.) Die dänische Regierung hat gegen Conrad Holm, den Verfasser eines Artikels „Preussisches“ in dem Blatt „Vorland“ wegen neutralitätsfeindlicher Presseäußerung Anklage erheben lassen.

### Forderungen der Echrussen.

Petersburg, 13. Dezember. (W. L. B.) „Njetich“ berichtet: Eine weitere Resolution des Kongresses der echrussischen Leute wünscht die völlige Enteignung alles deutschen Eigentums, die Verschlagnahme aller Eigentümer, die Befolgung der Stellen in der Verwaltung nur durch echrussische Leute, die Entziehung des Kredites bei allen deutsch-jüdischen Banken, Monopolisierung sämtlicher Versicherungsgesellschaften, da sie alle in deutschen Händen seien, Sammlung von Material gegen Personen mit deutschen Familiennamen, ein Verbot an die Banken, auf Leuten zu mehr als 50 Proz. Vorkasse zu gewähren, und die Verschlebung aller Angelegenheiten durch besonderen Beschluß des Jaren, die nicht besonders den Krieg betreffen. Der Kongress verlangt ferner energische Maßnahmen gegen den liberalen Block, da er die Grundgesetze Russlands überschreiten und die absolute Macht des Jaren bedrohen wolle. Das Verlangen nach Amnestie sei direkt zum Schaden des russischen Volkes; das Verlangen nach Toleranz gegenüber Andersgläubigen sei eine unzulässige Begünstigung des Sektierertums; die bereits gewährte Erleichterung der Lage der russischen Juden bedrohe direkt die russische Existenz, da diese jetzt offensichtlich Deutschland im Kriege begünstigen; die jetzige Politik gegenüber Finnland sei eine direkte Ueberletzung des Geistes gegenüber der Finnländer; die vom Block verlangte Einstellung des Kampfes gegen die Ukrainer enthalte die Gefahr einer Zerstückelung Russlands. Der Kongress begrüßt die Sinauschiebung der Einberufung der Duma freudig und betont, die Semstwo und die Stände beabsichtigten offensichtlich, die Staatsgewalt an sich zu reißen.

### Eine bemerkenswerte Rede Wilsons.

London, 14. Dezember. (W. L. B.) „Times“ meldet aus Washington: Präsident Wilson sagte in einer Ansprache an eine Versammlung von Geschäftsleuten in Columbus: Es sieht so aus, als ob wir nach dem Kriege den Rückhalt in finanzieller und wirtschaftlicher Kraft für die ganze Welt bilden müßten und als ob wir in den Tagen des Wiederaufbaues und der Erhöhung, die Europa bevorsteht, vieles zu leisten hätten, was früher von Europa geleistet worden ist. Ich glaube, daß nach der Wiederherstellung des Friedens die denkenden Männer in allen Ländern Bürgschaften für seine Dauer verlangen werden und daß man dann die Mittel des Rechts über die Mittel der Gewalt stellen wird. Ich glaube, wenn Amerika Gleichgewicht und freundschaftliche Haltung gegen alle Welt bewahrt, so wird es eine bevorzugte Stellung einnehmen und einen vermittelnden Einfluß ausüben können. Ich spreche nicht von einer Vermittlung der Regierung, sondern ich meine die geistige Vermittlung.

Nach einer holländischen Meldung des „Lokal-Anzeiger“ soll Wilson sich auch gegen einen „zusammengegestopelten, vorzeitigen Frieden“ ausgesprochen haben.

Sicherlich waren diese Worte anders gemeint, als sie in einem gewissen Teil der deutschen Presse gebraucht werden.

Amerika kann ja freilich auch einen europäischen Erschöpfungskrieg mit aller Gelassenheit mitansehen. Der Niedergang Europas bedeutet seinen Aufstieg!

### Freies Geleit für die deutschen Attachés.

London, 14. Dezember. (W. L. B.) „Daily News“ melden aus Washington: Das Staatsdepartement teilt mit, daß es den britischen und den französischen Botschaftern erlaubt hat, freies Geleit für die deutschen Attachés von Venedig und von Venedig zu erwirken. Es gilt als wahrscheinlich, daß die beiden Regierungen das freie Geleit nur unter der Bedingung gewähren werden, daß von Venedig und von Venedig das Ehrenwort gegeben, kein militärisches Kommando im Kriege zu übernehmen.

London, 14. Dezember. (W. L. B.) Der „Daily Telegraph“ meldet: Die Attachés von Venedig und von Venedig werden am 28. Dezember nach Deutschland zurückkehren.

### Vom U-Bootskrieg.

London, 14. Dezember. (W. L. B.) Lloyd meldet: Der britische Dampfer „Osteric“, 8565 Bruttotonnen, wurde versenkt. Die Besatzung wurde bis auf zwei getötet und drei schwer verwundete Chinesen gerettet.

## Politische Uebersicht.

### Anfragen und Kredite.

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Reichstages hatte Genosse Liebknecht zunächst Gelegenheit, seine Anfragen zu stellen. In England ist diese Form der parlamentarischen Kontrolle der Regierung auch bei wichtigeren politischen Fragen durchaus üblich, während sie in Deutschland noch so gut wie unbenuzt geblieben ist. Die Möglichkeit, Ergänzungsfragen zu stellen, verleiht diesem Instrument eine noch größere Brauchbarkeit, zumal in Zeiten, wo auch die parlamentarische Kritik stark eingeengt wird. Die bürgerliche Mehrheit des Hauses empfand die Anfragen Liebknechts als Störung des parlamentarischen „Burgfriedens“ und unterstützte deshalb die Bloße des Präsidenten fortgesetzt durch laute unwillige Zurufe. Die Regierung beantwortete eine Anfrage inhaltlich, alle anderen auch formal ablehnend. Auf den Inhalt der Anfragen vermögen wir hier nicht einzugehen; wir verweisen daher unsere Leser auf den stenographischen Bericht.

Staatssekretär Helfferich begründete sodann bei der ersten Lesung der Kreditvorlage die neue 10-Milliarden-Forderung. Ohne neue Tatsachen anzuführen, entrollte er dabei ein Bild von den finanziellen Verhältnissen der kriegsführenden Staaten, das bei keinem rosig genannt werden kann. Jeder Tag verschlingt ungeheure Summen, so daß — wie Herr Helfferich sagte — bei Fortsetzung dieses Krieges die europäische Kultur bedroht ist. Aus seiner Darstellung der besonderen Lage Deutschlands ist hervorzuheben, daß auch Deutschland bald vor der schwierigen und ersten Frage der Aufbringung der Zinsenlast stehen wird.

Besonders auffällig muß die Zurufung der Helfferich'schen Rede gegen England erscheinen. Das war eine keineswegs glückliche Ergänzung der Rede Bethmanns, über deren Bedeutung und Wirkungen bisher außer dem Genossen Landsberg nur einerlei Meinung besteht.

Genosse Scheidemann gab im Namen der Fraktionsmehrheit eine Erklärung ab, daß die Fraktion sich die Stellung zur Kreditvorlage vorbehalte und der Ueberweisung an die Budgetkommission zustimme. Von den bürgerlichen Parteien verlangte, um Erklärungen abzugeben und zur Kreditvorlage Stellung zu nehmen, außer dem Genossen Liebknecht, der sich noch vor Scheidemann gemeldet hatte, dem aber durch einen Schlußantrag das Wort unmöglich gemacht wurde.

Das Haus vertagte sich bis nächsten Montag.

Uns wird aus dem Reichstag geschrieben: Der Seniorenkongress des Reichstages hatte am Dienstag über die Weichselfrage sich zu entscheiden. Die Regierung möchte die vorliegenden Arbeiten des Reichstages bis Weihnachten erledigt sehen. Dann sollte eine Vertagung des Reichstages bis März eintreten. Im Seniorenkongress war man der Meinung, daß sich der vorliegende Stoff bis Weihnachten nicht aufarbeiten lasse; man kam daher überein, in nächster Woche, und zwar Montag und Dienstag, zwei Plenarsitzungen abzuhalten, in welchen vor allen Dingen die Kriegsgewinnsteuer und die Kreditvorlage verabschiedet werden sollen. Dann soll der Reichstag bis 11. Januar 1916 vertagt werden.

Bürgerliche Blätter melden dagegen, daß der Reichstag noch vor Weihnachten bis zum März vertagt werden wird.

### Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu der Kreditvorlage.

Die sozialdemokratische Fraktion machte sich gestern über ihre Haltung zu den angeforderten 10 Milliarden schlüssig. Für die Kreditvorlage stimmten von den Fraktionsmitgliedern 58, dagegen 38. Von 10 Fraktionsmitgliedern, die durch Krankheit an der Sitzung teilzunehmen verhindert waren oder vor der Abstimmung sich entfernen mußten, waren protokollarische Erklärungen abgegeben. Von diesen erklärten sich 7 Abgeordnete für, 3 gegen die Bewilligung, so daß insgesamt 65 Fraktionsmitglieder für, 41 gegen die Bewilligung eintraten.

### Die reformierte Sozialdemokratie.

Die „Frankfurter Zeitung“ stellt im Anschluß an die Reden von Scheidemann und Landsberg der Sozialdemokratie ein Zeugnis des Wohlverhaltens aus:

So hat sich die sozialdemokratische Partei auch in dieser wichtigen Reichstagsitzung wieder in einer Weise bewährt, die zu schönen Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Es übersteigt ja den nicht, der sie kennt, dem er weiß, daß sich die große Mehrheit der Sozialdemokratie nur in ihrer Theorie von denjenigen politischen Kreisen unterscheidet, die ihr praktisch nahe stehen, wenn es natürlich in einzelnen Fragen Meinungsverschiedenheiten gibt.

Mit anderen Worten, die „Frankfurter Zeitung“ glaubt feststellen zu dürfen, daß die Sozialdemokratie sich von der fortschrittlichen Volkspartei nur durch eine gewisse Liebhaberei für theoretische Spielereien unterscheidet. Diese Reizungen lenken zwar ein wenig von der Arbeit ab und führen zu Meinungsverschiedenheiten mit den Nichts-als-Praktikern vom Schlage der Müller-Weinigen und Bayer, aber man darf hoffen, daß sie immer mehr in den Hintergrund treten werden.

Nach dem Kriege wird sehr viel darauf ankommen, ob wieder wie früher die prinzipiellen Erörterungen in den Vordergrund treten oder ob man sich hauptsächlich der praktischen Arbeit hingeben wird. Es wird wahrhaftig genug zu tun sein. Große und komplizierte Wirtschaftsprüfung, Finanzfragen, die Versorgung der Invaliden harren der Erledigung. Da gibt es reichlich Gelegenheit zum Zusammenarbeiten, und wir wollen hoffen, daß sich auch dabei die Geisteshaltung behauptet, die sich jetzt wieder im Reichstag so ausgezeichnet bewährt hat.

Die schönen Erwartungen der Liberalen werden sich noch weiter beleben, wenn sie sehen, welche Richtlinien der Genosse Hugo Börsch in den „Sozialistischen Monatsheften“ der Partei für die Zukunft vorgezeichnet. Nachdem er das Reich der Mitwirkung der Sozialdemokratie bei der Schaffung neuer Staatsmonopole versichert hat, fährt er fort:

Auch bei der Lösung der großen Staatsnotwendigkeiten kann die Sozialdemokratie nicht mehr den anderen allein die Arbeit, die Bestimmung und die Verantwortung überlassen. Daß sie in der Stunde der Gefahr die Kriegskredite bewilligt, so muß sie auch weiterhin alle Mittel zur nationalen Verteidigung, zur Wehrhaftigkeit der Nation, zur Sicherung ihres Landes, zur Sicherung auch ihrer weiteren Zukunft, ihrer Vertätigungsmöglichkeiten überall da, wo ihrer wirtschaftlichen und geistigen Energie Aufgaben gegeben sind, nicht nur bewilligen, sondern selber schaffen und erweitern helfen. Die Zeit des negativen Radikalismus ist für die deutsche Sozialdemokratie vorüber.

Börsch überschreibt sein Programm durchaus zutreffend: „Die Konsequenz des Reformismus“, und nun kommt es nur noch darauf an, ob die Masse der deutschen Arbeiterklasse für den Reformismus gewonnen ist und sich wirklich damit begnügen will, fünftes Rad an dem klapprigen Wagen des Liberalismus zu sein.

### Die Staatenlosen dienstpflichtig.

Auf Grund eines Erlasses des Ministers des Innern und des Kriegsministers vom 28. Oktober d. J. werden (laut „Kreuz-Ztg.“) die Staatenlosen und die Opfantenkinder in Nordschleswig amtlich aufgefordert, sich vor Ablauf dieses Jahres zur Stammrolle anzumelden.

### Inkrafttreten der Lex Schiffer.

Das soeben erschienene „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht die sogenannte Lex Schiffer. Sie tritt sofort in Kraft und hat auf alle wegen Vergehens gegen den Belagerungszustand eingeleiteten Verfahren Anwendung. In all diesen kann nunmehr bei Vorliegen mildernder Umstände statt auf Gefängnis auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Bei der Landtags-Erskwahl im Wahlkreise Heiligenstadt-Worbis wurde Deleonomierat Lorenz Geismar, Zentrum, mit 234 Stimmen einstimmig gewählt.

## Das tägliche Brot.

### Erhöhung der Butterpreise!

Seit einiger Zeit haben wir zwar Höchstpreise für Butter, aber dafür fehlt es an genügenden Vorräten, um die Verbraucher ausreichend versorgen zu können. Alle Bestrebungen der Regierung, die Versorgungsmöglichkeiten zu erhöhen, konnten natürlich nur begrüßt werden. Neben der Organisation und Steigerung der Milchproduktion durch Zwangs-genossenschaften käme dabei die Unterstützung der Butter-einfuhr aus dem Ausland durch staatliche Mittel in Frage. Die Regierung aber will nicht, wie bei der Einfuhr von Futtermitteln, solche Zuschüsse leisten, sondern zieht es vor, die Höchstpreise für im Inlande erzeugte Butter zu erhöhen, um so einen „Ausgleich“ zu erzielen. Eine neue Verordnung bestimmt:

Gemeinden, die in erheblichem Umfang auf Versorgung mit ausländischer Butter angewiesen sind, dürfen mit Zustimmung der Landeszentralbehörden oder der von ihnen bestimmten Behörden zur Herbeiführung einheitlicher Verkaufspreise für inländische und ausländische Butter anordnen, daß zu den in der Bekanntmachung über die Festsetzung der Grundpreise für Butter und die Preisstellung für den Weiterverkauf vom 24. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 705) unter II für inländische Butter festgelegten Zuschläge ein weiterer Zuschlag tritt, insoweit als dies zur entsprechenden Minderung des Verkaufspreises für ausländische Butter erforderlich ist.

Die näheren Bestimmungen, insbesondere über die Voraussetzungen, unter denen eine Anordnung nach Satz I ergehen darf, erlassen die Landeszentralbehörden.

Die Verordnung trat bereits am 13. Dezember in Kraft, und die Konsumenten werden also sofort die Wirkung der neuen Maßregel zu spüren bekommen.

### Die Höchstpreise für Gemüse.

Die in Kraft getretene Verordnung des Bundesrats vom 4. Dezember über die Festsetzung von Preisen für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut hat folgenden Wortlaut:

Beim Verkaufe durch den Erzeuger oder Hersteller an den Handel dürfen für 50 Kilogramm freie nächste Verladestelle (Bahn oder Schiff) einschließlich Verpackung folgende Preise nicht überschritten werden:

für Weißkohl (Weißkraut) . . . . .	2,50 M.
„ Rotkohl (Rautkohl) . . . . .	4,50 „
„ Wirsingkohl (Savoyerkohl) . . . . .	3, — „
„ Grünkohl (Braun- oder Krauskohl) . . . . .	2,50 „
„ Kohlräben (Stedräben, Bruten) . . . . .	3, — „
„ Mohrräben (rote und gelbe Speisemöhren, auch gelbe Rüben genannt) . . . . .	3, — „
„ Zwiebeln . . . . .	6, — „
„ Sauerkraut (Sauerkohl) . . . . .	12, — „

Insofern für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut gemäß § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. 752) Höchstpreise für die Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher festgesetzt werden, dürfen sie folgende Sätze für 0,5 Kilogramm beste Ware nicht überschreiten:

für Weißkohl (Weißkraut) . . . . .	0,05 M.
„ Rotkohl (Rautkohl) . . . . .	0,07 „
„ Wirsingkohl (Savoyerkohl) und Grünkohl (Braun- oder Krauskohl) . . . . .	0,06 „
„ Kohlräben (Stedräben, Bruten) . . . . .	0,05 „
„ Mohrräben (rote und gelbe Speisemöhren, auch gelbe Rüben genannt) . . . . .	0,08 „
„ Zwiebeln . . . . .	0,15 „
„ Sauerkraut (Sauerkohl) . . . . .	0,16 „

Bei einer Veränderung der Erzeuger- oder Herstellerpreise gemäß § 2 der Verordnung vom 11. November 1915 tritt eine entsprechende Herabsetzung dieser Sätze ein.

Diese Bestimmung tritt mit dem 13. Dezember 1915 in Kraft. Sie gilt bis auf weiteres nicht für das Gebiet von Elsaß-Lothringen.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Für die Beförderung von Postkarten mit Abbildungen nach dem Ausland

treten infolge des in der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 1. Dezember 1915 erlassenen und im „Reichsanzeiger“ Nr. 284 vom 2. Dezember 1915 veröffentlichten Aus- und Durchfuhrverbotes auf Grund des § 5 der Postordnung vom 20. März 1900 folgende einschneidende Bestimmungen in Kraft.

Verboten sind: Postkarten mit Abbildungen von Städten, Stadtteilen, geographisch genau bestimmbar Ortschaften und Landschaften, besonders hervorragenden Bauwerken und Denkmälern Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei, Bulgariens und der von den verbündeten deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Heeren besetzten feindlichen Gebiete.

Nicht unter das Verbot fallen:

Postkarten mit Abbildungen der bezeichneten Art a) nach Oesterreich-Ungarn, der Türkei, Bulgarien sowie den von deutschen oder von Deutschland verbündeten Truppen besetzten feindlichen Gebieten, wenn die Abbildungen Städte usw. des Bestimmungslandes oder -gebietes der Postkarte darstellen; b) im Feldpostverkehr an Truppen usw. oder Militärbehörden in feindlichen Gebieten.

## Letzte Nachrichten.

### Griechisch-deutsche Verhandlungen.

Athen, 14. Dezember. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas: Nach einer nicht amtlichen Meldung sollen die Deutschen von der Regierung verlangt haben, daß die den Alliierten gewährten Erleichterungen mit der griechischen Neutralität im Einklang ständen. Eine amtliche Bekanntmachung über den griechisch-deutschen Meinungsaustausch ist nicht erschienen, doch glaubt man, daß die Deutschen nicht zu weit zu gehen würden, da sie anerkennen, daß die Umstände für Griechenland außergewöhnlich sind.

# Gewerkschaftliches.

## „Arbeitgeber-Zeitung“ und Kriegsinvalidenfürsorge.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ wird nicht müde, ihre bürgerliche Bestimmung zu betonen. Im Leitartikel ihrer neuesten Nummer vom 12. Dezember ruft sie wieder pathetisch aus: „Wir wollen den Frieden, den Bürgerfrieden, wir wollen seine Erhaltung während des Krieges und nach dem Kriege, und wir müssen darum auf nichts mehr bedacht sein, als darauf, daß alle Gelegenheiten vermieden werden, welche diesen Frieden stören können.“ Jede Verhandlung mit den Gewerkschaften, die sich als Vertreter der Arbeitnehmer ausgeben, schafft aber nach ihrer Überzeugung die Möglichkeit, daß der Friede gestört werde, folglich müssen die Unternehmer jede Verhandlung mit den Gewerkschaften, ja deren Anerkennung als die Vertreter der Arbeiterinteressen von vornherein mit aller Entschiedenheit ablehnen. Wenn die Unternehmer in allen Arbeiterangelegenheiten allein entscheiden, wenn insbesondere verhandelt wird, daß die Gewerkschaften an der Regelung der Arbeitsbedingungen mitwirken, dann ist der Bürgerfrieden am zuverlässigsten gesichert. Man wird der „Arbeitgeber-Zeitung“ gubehalten, daß sie großen Fleiß aufwendet, den Gedanken des Bürgerfriedens zu — faszinieren.

Den Vorwand zu ihrer Arbeit gegen den Bürgerfrieden findet das „Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände“ in den Bestrebungen, welche die Fürsorge für die Kriegsinvaliden zum Gegenstand haben. Es geht diesem Organ, welches sich als Vertreter der Unternehmer ausgibt, wider den Strich, daß in diesen Fragen auch die Gewerkschaften mitwirken wollen, und mit komisch wirkendem Eifer wendet es sich gegen „Gemeinsame Beratungen“.

„Es soll immer weiter gemeinsam beraten werden, es sollen die Zusammenkünfte den Charakter ständiger Kommissionen, Einigungs- und Schlichtungskommissionen, gewinnen. Gemeinsam soll beraten werden von den Arbeitgebern und von denen, die sich als Vertreter der Arbeitnehmer ausgeben, von den Gewerkschaften... Es soll gemeinsam über das Los der Kriegsschädigten beraten werden, über die Arbeitsvermittlung, über die Entlohnung, über die Art der Beschäftigung, ja am Ende über jede einzelne, alltägliche Handlung der Kriegsinvaliden. Es soll gemeinsam beraten werden über alle Beschwerden, die sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter in der Bekämpfung unläuterer Konkurrenz und Preisdrückerei vorzubringen haben. Es soll gemeinsam beraten werden, ob Schädigungen des Gewerbes oder einzelner Gewerbeangehöriger irgendwelcher Art festzustellen sind und von wem etwa solche Schädigungen ausgegangen sind. Es soll gemeinsam beraten werden, wie weit und auf welche Weise und von wem gegen solche etwa festzustellenden Uebelstände angefaßt werden muß. In allen Orten und wo möglich in allen Gewerben sollen aus Anlaß der Unterbringung der Kriegsinvaliden gemeinsame Sitzungen abgehalten werden, und immer und überall sollen die Vertreter der genannten Gewerkschaften sich und Stimme haben.“

Die Redaktion der „Arbeitgeber-Zeitung“ scheint der Versuch, bei dieser Gelegenheit unläutere Konkurrenz und Preisdrückerei im Gewerbe durch gemeinsame Maßnahmen der Unternehmer und Arbeiter zu bekämpfen, ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben. Unseres Wissens ist ein solcher Versuch bisher nur in einem Gewerbe unternommen worden, und dort wurde dieser Gegenstand auf Verreiben der Unternehmer in das Programm der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen!

In der Hauptsache ist es ihm aber darum zu tun, das Recht der Unternehmer zu betonen, in der Frage der Kriegsinvalidenfürsorge selbständig und frei von jeder lästigen Kontrolle vorzugehen. „Es ist die selbstverständliche und hundertmal betonte Ehrenpflicht der Arbeitgeber, die Kriegsschädigten nach besten

Kräften in ihrem Fortkommen zu unterstützen und sie in ihren Betrieben unterzubringen. Aber dieser Ehrenpflicht wollen und werden sich die Arbeitgeber allein unterziehen, ohne daß es dazu irgendwelcher besonderer Kommissionen, gemeinsamer Beratungen oder sonstigen Weisungs bedarf. Haben es etwa die Arbeitgeber verdient, daß ihnen in diesen Punkten ein so tiefes, geradezu beleidigendes Mißtrauen entgegengebracht wird?“

Nicht alle Arbeitgeberverbände stehen auf diesem Standpunkt, verschiedene haben bereits durch die Tat bewiesen, daß sie das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften in der Frage der Kriegsschädigtenfürsorge nicht als eine unerhöhte Zumutung betrachten. Die Absichten der Unternehmer, in deren Namen die „Arbeitgeber-Zeitung“ in dieser Frage sprechen darf, müssen aber in der Tat mit dem allergrößten Mißtrauen betrachtet werden. Kündigt doch das Blatt mit dankenswerter Offenheit an, daß bei der Beschäftigung der Kriegsinvaliden der Profit, den sie dem Unternehmer bringen, von ausschlaggebender Bedeutung sein muß. Es wird zwar gesagt, daß ihnen „ein guter und gerechter Lohn ohne jede Rücksicht auf die Rente zuteil werden“ soll. Aber — der Vertriebsleiter allein soll zu bestimmen haben, was ein guter und gerechter Lohn ist!

Wenn von den Gewerkschaften in Übereinstimmung mit allen billig denkenden Menschen die Forderung vertreten wird, daß die Kriegsinvaliden zu den tariflichen Löhnen beschäftigt werden müssen, so wird dabei der selbstverständliche Vorbehalt gemacht, daß bei der Bemessung des Zeitlohns auf die verminderte Leistungsfähigkeit des Invaliden Rücksicht genommen wird. Der Kriegsschädigte, der im Afford arbeitet, muß nach dem gleichen Tarif bezahlt werden, der für die übrigen Arbeiter im Betrieb gilt. Wer diesen Grundsatz nicht anerkennt, will den Lohn drücken.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ gibt nun den Fabrikanten, die sich der Kriegsinvaliden als Lohndrücker bedienen wollen, einen freundlichen Rat, wie sie ihr Verhalten bemänteln können. Sie schreibt:

„Leicht gesagt, im Affordlohn müsse sich erweisen, was der Anwalde zuzulassen bringt! Wenn er aber die gleiche Menge an Ware, die ein gesunder Arbeiter in drei Tagen fertigstellt, erst in fünf Tagen zuwege bringt, so kann sein Affordlohn unmöglich auf die gleiche Höhe des anderen gesetzt werden, denn dem Fabrikanten kommt diese in fünf Tagen fertiggestellte Ware natürlich erheblich teurer zu stehen als das in der kürzeren Zeit fertiggestellte Produkt.“

Und das Blatt, das den Gedanken verflucht, daß dem Invaliden ein niedrigerer Affordlohn gezahlt werden muß als dem gesunden Arbeiter, weil sonst der Profit des Unternehmers Not leiden würde, hat den Rat, im gleichen Atemzuge die Opferwilligkeit des Fabrikanten zu rühmen, „weil ihm auch die Unterbringung der Invaliden aus höheren Rücksichten am Herzen liegen muß“.

Die zornige Abwehr „gemeinsamer Beratungen“ in der Kriegsinvalidenfürsorge durch die „Arbeitgeber-Zeitung“ muß die Gewerkschaften, die etwa dieser Frage noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt haben, auf die Wichtigkeit dieses Gegenstandes hinweisen. Wenn man verheißt will, daß aus der Invalidenfürsorge der Unternehmer ein Mittel wird, die Kriegsoffer ungebührlich auszunutzen und gleichzeitig die Lage der gesunden Arbeiter zu verschlechtern, dann wird man der „Böhschheit“ der Unternehmer sorgsam auf die Finger sehen müssen. Fabrikanten, die es mit ihrer Rührarbeit in der Kriegsinvalidenfürsorge ehrlich meinen, werden auch gegen die Mitwirkung der Gewerkschaften nichts einzuwenden haben. Wer sich aber durch solche Mitwirkung beschmei felt, beweist damit nur, daß ihm gegenüber das größte Mißtrauen am Platze ist.

### Berlin und Umgegend.

#### 31 290 M. Arbeitslohn zu wenig gezahlt.

Vor einigen Wochen erlebten wir vor der Schlichtungskommission für Militärbeileidung einen Fall, über den wir seither berichtet.

Es handelt sich um die Klage eines Zwischenleiters der Rüstungsbranche, der von der Firma S. Westmann eine in die Tausende gehende Lohnnachzahlung verlangte, weil ihm die Firma weniger als den vom Vorkriegsamt vorgefertigten Arbeitslohn gezahlt hatte. Die Verhandlung der Klage wurde damals zwecks näherer Prüfung der Forderung vertagt. Sie kam aber nicht wieder vor die Schlichtungskommission, weil sich der Beklagte mit dem Kläger inwischen auf Zahlung einer erheblichen Summe verglichen hatte. Später hat dann — wie „Der Rüstler“ in seiner neuesten Nummer mitteilt — derlei Zwischenmeister Wollmann auch die Firma Spreckert auf Nachzahlung von 3060 M. bei der Schlichtungskommission verklagt. Nun forderte aber Frige als Vertreter des Rüstlerverbandes für 26 von Wollmann beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen den ihnen gebührenden Anteil an der Nachzahlung. Bekanntlich verlangt das Vorkriegsamt, daß von den Arbeitssöhnen, die es seinen Lieferanten zubilligt, 75 Prozent den ausführenden Arbeitern zukommen, während die übrigen 25 Proz. auf den Lieferanten und seine Zwischenunternehmer kommen. Diese Klage endete mit einem Vergleich, wonach die Firma Spreckert 3000 M. zur Verteilung an die 26 Arbeiter und Arbeiterinnen zahlte, welche Klage erhoben haben. Außer diesen gibt es aber noch eine Anzahl von Arbeiterinnen, meist Heimarbeiterinnen, die nicht geklagt haben, aber berechtigt sind, durch Klage bei der Schlichtungskommission Nachzahlung zu verlangen. Ueber die Summen, um welche die Arbeitnehmer hier geschädigt sind, macht „Der Rüstler“ folgende Angaben: Es handelt sich um Militärmaschinen, die in der Zeit von Mitte Dezember 1914 bis Ende August 1915 angefertigt wurden. In dieser Zeit hat Wollmann für Westmann 84 000 Feldmützen angefertigt und erhielt pro Stück nur 33 1/2 Pf. Der Arbeitnehmerlohn von 75 Proz. beträgt aber 50 Pf. Rechnen wir glatt 84 Pf. pro Mütze, so sind pro Mütze 25 Pf. Arbeitnehmerlohn gleich 21 000 M. zu wenig gezahlt. Außer diesen 25 Pf. hätte Herr Wollmann Anspruch am Unternehmergewinn von 6 Pf. pro Mütze gleich 5040 M. für die Mützen von Spreckert erhielt Wollmann pro Stück 40 Pf., mithin zu wenig Arbeitnehmerlohn pro Mütze 19 Pf. gleich 3990 M. und Wollmann pro Mütze 6 Pf. gleich 1260 M. Insgesamt wurden für die 105 000 Mützen 81 290 M. Lohn zu wenig gezahlt. Davon entfallen 24 890 M. auf die Arbeitnehmer und 56 400 M. auf Wollmann.

Dieses Beispiel zeigt wieder, wie es manche Unternehmer verstehen, sich trotz aller gut gemeinten Vorschriften der Militärbehörden an den für die Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmten Löhnen zu bereichern. Ein Teil der Arbeiter hat ja noch zur rechten Zeit den Weg gefunden, um zu seinem vollen Lohn zu kommen. Viele, vielleicht die meisten, finden diesen Weg nicht, und dann bleibt den Unternehmern ein recht ansehnlicher Kriegsgewinn, der in keiner Weise gerechtfertigt werden kann, denn er ist von den Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen in vertragswidriger Weise abgezwaht.

Die Modelistischer befinden sich zurzeit in äußerst günstiger Konjunktur. Dieser Lage entsprechen indes die derzeitigen Löhne ebensowenig wie den hohen Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen. Es ist zwar in den meisten Betrieben eine Teuerungszulage gewährt worden, die übrigen Werkstätten sind diesem Beispiel bis jetzt aber noch nicht gefolgt. Es wird Sache der betreffenden Arbeiter sein, dafür zu sorgen, daß auch ihnen die nur allzu berechtigten Zulage zukommt. Im ganzen haben 302 Modelistischer die Teuerungszulage noch nicht erhalten. Insbesondere ist dies in den Privatwerkstätten noch nicht der Fall. Dabei könnten diese Betriebe dies um so eher, als sie — wenn auch nur indirekt — stark an Deereslieferungen beteiligt sind.

### Ausland.

#### Beendigung des Bauarbeiterstreiks in Arbon am Bodensee.

Der Vermittlung des Arboner Gemeinderates gelang es nach zweitägigen Verhandlungen den Bauarbeiterstreik mit dem Erfolg zu beendigen, daß die Maurer eine Erhöhung des durchschnittlichen Stundenlohnes um 2 Ets. auf 63 Ets. und die Handlanger auf 51 Ets., ferner Lohnzuschläge von 25 Proz. für Überstunden und von 50 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit zugestanden erhielten. Diese beschiedenen Zugeständnisse sollen aber erst mit dem 1. Januar 1916 in Kraft treten.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: Maria Stuart.  
Donnerst.: Ein Sommernachtstraum.  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: Der Weibsteufel.  
Donnerst.: Der Weibsteufel.  
**Volkshöhle.** Theater a. Bülowl.  
8 1/2 Uhr: Wallensteins Tod.  
Donnerstag: Trauulus.  
Dir. Melhard-Bernauer.  
**Theater i. d. Königgrätzerstr.**  
8 Uhr: Der Vater.  
**Komödienhaus.**  
8 Uhr: Die rätselhafte Frau  
**Berliner Theat.**  
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.  
Nehm. 8 1/2 Uhr: Der Zauberjünger.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
8 Uhr: Komödie der Worte.  
Donnerstag: Komödie der Worte.  
Freitag: Kaiser und Gallier.  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die selbige Exzellenz.**  
**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
4 Uhr (Halbes Prose):  
Von den Karpathen bis  
Brest-Litwak.  
8 Uhr:  
Die Dardanellen, Konstantinopel  
und der Bosphorus.

**Luisen-Theater.**  
Heute 4 U.: Kindervorstellung. 20, 30 Pf.  
**Schneeweichen  
und  
Rosenrot.**  
8 1/2 Uhr: Die Allwörden.  
**Rose-Theater.**  
8 1/2 Uhr: Staatsanwalt Alexander.  
Sonntag 4 Uhr: Rübezah.  
Sonntag 8 Uhr: Hänsel und Gretel.  
**Walhalla-Theater.**  
4 Uhr: Prinzessin Edoltraut.  
8 Uhr: Lieb Vaterland.

**Circus Busch.**  
Heute Mittwoch 8 Uhr:  
**Labero's**  
Heister-Experiment  
die  
Todeskarte  
Der Rekord der Telopathe II  
u. die übrigen Schläger II u. a.:  
Golem — Rabini  
Pappeln, 3 Rabory.  
10  
**75. Jubel-**  
Uhr:  
Aufführung.  
Erfolgr. Michel. 8 Uhr in 3  
Rud. Paul. 8 1/2 Uhr in 3  
Städ. Busch.

**Deutscher Arbeiter-Wanderbund**  
„Die Naturfreunde“  
Ortsgruppe Berlin.  
Sonntag, den 19. Dezember 1915, im großen  
Saale des Gewerkschaftshauses, Berlin 50 18, Engelufer 18:  
**Musik = Abend**  
Mitwirkende: Die Herren R. u. E. Vorpahl, Fränlein  
Eise Kühn — die Herren Max  
Fengler und Alfred Preuß sowie die musi-  
kalische Abteilung. 216  
Saalöffnung 5 1/2 Uhr. Beginn 7 Uhr.  
Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben bei Horsch, Engel-  
ufer 15, Heyse, Boyenstr. 19, Strand, Schivelbinder Str. 40,  
in den übrigen Zahlstellen sowie in der Geschäftsstelle,  
Fritz Kruse, Mariannenstr. 11, Fernspr. Moritzplatz 1575.

**Theater für Mittwoch, 15. Dezember.**  
Deutsches Opernhaus Charlottb.  
7 Uhr: Tannhäuser.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
8 Uhr: Der Wildschütz.  
Gobr. Herrfeld. Theater  
8 Uhr: Rosenblatt's Geheimtip  
**Kleines Theater.**  
8 Uhr: Henriette Jacoby.  
**Komische Oper.**  
8 1/2 Uhr: Der tapfere Ulan.  
8 Uhr: Jung muß man sein  
**Metropol-Theater**  
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria  
Theotissa).  
**Montis Operetten-Theater**  
Letztes  
Gastspiel Louis Treumann.  
8 Uhr: Der Weltenbummler

**Lustspielhaus.**  
8 1/2 U.: Krieg im Frieden.  
**Residenz-Theater**  
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.  
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Schöne v. Strand.  
**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.  
Schiller-Th. Charlottenbg.  
8 Uhr: Jungbrunnen.  
**Thalia-Theater.**  
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.  
4 Uhr nachm.: Schneewittchen.  
**Theater am Nollendorfpl.**  
8 1/2 Uhr: Doraröschchen.  
8 1/2 U. z. 450. Male: Immer feste druff!  
**Theater des Westens**  
8 Uhr: D. Fräulein v. Aml  
mit Guido Thielscher.  
4 Uhr: Frau Holle.  
**Trianon-Theater.**  
4 Uhr: Rotkäppchen.  
8 1/2 Uhr: Bodo's Brautschau

**Apollo THEATER**  
Direktion Adolf Vogt  
Telef.: Lötsweg 7541  
Heute Mittwoch:  
**!Letztes Auftreten!  
Gussy Holl  
Schneider-Duncker**  
Ab morgen, den 16. d. M.:  
Verschiedene  
**neue Kunstkräfte !!**  
11 Lorch-  
Ikarier  
su Pferde!  
Dazu  
14 weitere!  
Schlager  
Lebendes  
Spielzeug  
Walter Steiner  
„Artistenkinder“  
„Uran“  
3 Remos  
Lilli Nador  
Edler mit Nicki  
Herm. Klank  
Kremos  
4 Paetzolds  
C. Lion: Berat  
u. a. w.  
Billetverkauf 11—1 a. d. Kasse  
sowie Wertheim u. Invalidend.

**WINTERGARTEN**  
**Grete Wiesenhal**  
„Flotte Bursche“  
Operette i. 1 Akt v. P. v. Suppé.  
Mitwirkende:  
Elsa Berna — Lotte Werkmeister  
v. Thalia-Theat. a. G.  
Käte Hanson — Stoffi Walldt  
Gustav Matzner — Heinrich Poor  
Hanna Ewald — Jan Paul  
Dor  
Außerdem:  
**neue**  
Dezember-Spielplan.

**Volgt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Mittwoch, den 15. Dezember 1915:  
**Sein ganzes Glück.**  
Vollständiges Spiel in 4 Aufzügen von  
Karl M. Jachob.  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lothring. Str. 37. Kgl. 8 Uhr:  
**Neu! Neu! Neu!**  
**Was machte nu?**  
Voll in 3 Aufzügen von Hans Berg.  
Dazu das große Festprogramm.  
Franz Amon! 3 Karleys! Erben!  
Sonntag 4 Uhr: Familie Schnass.

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Heute: **Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester  
Leiter: Komponist Franz v. Blon.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Freitag, den 17. Dez.: **Gr. Weihnachtsfeier** zum Besten  
des im Felde stehenden Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 98.  
Berantw. Redakt.: Alfred Dieckmann, Reulödn. Inseratenteil verantw.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
**Die von der Emden**  
Außerdem Weihnachtsspielprogramm.  
Für Militärpersonen  
kostenlos vollkomm.  
reier Zutritt zu  
d. Stett. Singern.  
Anfang 8 Uhr.

**Palast**  
Täg. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr  
**Großer Erfolg!**  
Der neue heitere Dezember-  
und Weihnachts-Spielplan.  
**Ausnahmeweise**  
sind Vorsugarten auch  
für Sonntag, 18.,  
u. Sonntag, 19. Dez., gültig.

**Possen-Theater**  
8 1/2 (Folies Caprice) 8 1/2  
**freund Loewe**  
**Seine Tante**  
mit Haskel und Berisch.  
**Reuters Werte**  
J. Böbe 4 Wert  
Buchhandlung Vorwärts

**Togal**  
Bei Kopfschmerzen, Neuralgie,  
Migräne hilft oft sein Mittel. Togal-  
Tabletten wirken sofort die ärgsten  
Schmerzen. Herzlich glänzend begutachtet.  
In Apotheken zu M. 1.40 und M. 3.50.

Reichstag.

23. Sitzung vom Dienstag, den 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundespräsidenten: v. Jagow, Helfferich u. a.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen des Abg. Liebknecht (Soz.).

Anfrage 1:

a) Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der übrigen Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des Verzichts auf Annektionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?

Diese Anfrage ziele ich zurück, nachdem am Donnerstag der Herr Reichskanzler sie bereits verneint hat. Die Regierung will den Eroberungskrieg, nicht den Frieden!

b) auf welcher sonstigen Grundlage ist die Regierung bereit, in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow beginnt irrtümlicherweise mit der Beantwortung auf eine spätere Anfrage des Abg. Liebknecht. (Weiterleit.)

Hierauf wird folgende Antwort auf die erste Anfrage erteilt: Nach den Verhandlungen vom 9. d. Mts. muß ich es ablehnen, auf die Frage zu antworten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) erbittet das Wort zu einer Ergänzung der Anfrage: Welches Verhalten gedenkt die Regierung einzuschlagen gegenüber dem Friedensvorschlag einer neutralen Regierung, wie er jetzt von der Schweizer Sozialdemokratie beim Schweizer Bundesrat... (Unruhe und Zurufe.)

Präsident Dr. Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage, die nicht zulässig ist.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) verliest nun die

Anfrage 2:

Ist die Regierung endlich bereit, die Dokumente und das sonstige amtliche und halbamtliche Material über die unmittelbare Entstehung des Weltkrieges, insbesondere

a) über die diplomatische Vorgeschichte des österreichischen Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914, darunter die offiziellen und offiziellen Verhandlungen zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung seit dem Nord von Sarajewo,

b) über die Vorgeschichte des Bruchs der luxemburgischen und belgischen Neutralität,

dem Reichstag und dem deutschen Volk vorzulegen?

Ist sie bereit, für die sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission einzutreten, die unter Kontrolle der Öffentlichkeit die Verantwortlichkeit prüft und die Verantwortlichen der Sühne zuführen soll.

Staatssekretär v. Jagow: Das erforderliche Material für die Beurteilung der Entstehung des Weltkrieges und die Neutralitätsfrage ist bereits veröffentlicht. Die Regierung wird aber auch fernerhin über wichtige diplomatische Verhandlungen Veröffentlichungen vornehmen, soweit ihr dies für die Aufklärung der Öffentlichkeit erforderlich erscheint. Für die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission einzutreten, lehnt die Regierung ab. Die Verantwortlichkeit und die Sühne treffen nur unsere Gegner.

Abg. Dr. Liebknecht erbittet das Wort zur Ergänzung. (Weiterleit.) Ist die Regierung bereit, das gesamte amtliche dokumentarische Material sofort vorzulegen?

Staatssekretär v. Jagow: Ich habe nichts hinzuzufügen.

Abg. Liebknecht (Soz.): Zur Ergänzung! (Große Heiterkeit und Unruhe.) Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach einer am 5. Dezember v. J. gemachten Äußerung des früheren italienischen neutralistischen Ministerpräsidenten Giolitti Österreich schon im Jahre 1913 einen Angriff gegen Serbien plante?... (Stürmische Unruhe und Zurufe.)

Präsident Kaempf: Das ist eine neue Anfrage. Wir gehen über zur nächsten Anfrage.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich habe nach § 31 der Geschäftsordnung das Wort zur Ergänzung der vorigen Anfrage noch erbeten...

Präsident Kaempf: Sie haben schon zwei Ergänzungen gemacht.

Abg. Dr. Liebknecht: Die Geschäftsordnung sieht keinerlei Einschränkungen vor. Unter großer Unruhe des Hauses verliest der Redner eine weitere Ergänzung: Warum hat der Herr Reichskanzler dem Reichstag vor und in der Sitzung vom 4. August 1914 das am 2. August ergangene belgische Ultimatum verschwiegen?

Präsident Kaempf: Auch das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage. Haben Sie noch eine Ergänzung zu dieser Anfrage? (Stürmische Heiterkeit. — Liebknecht ruft: „Jawohl!“) Ich gebe Ihnen das Wort zu keiner weiteren Ergänzungsfrage.

Wir kommen dann zur nächsten Anfrage.

Anfrage 3:

a) Ist der Regierung bekannt, daß die Masse des deutschen Volkes die maßgebende Bestimmung über die auswärtige Politik Deutschlands für sich beansprucht, d. h. die Erhebung der Geheimdiplomatie durch eine unter dauernder Kontrolle der Öffentlichkeit stehende auswärtige Politik und deren allgemeine Demokratisierung fordert.

b) ist die Regierung bereit, dem Reichstag noch während des jetzigen Tagungsabschnittes einen Gehentwurf vorzulegen, der diese Forderung erfüllt und die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksbestimmung überträgt?

Staatssekretär v. Jagow: Die Regierung ist nicht bereit, den Wünschen des Herrn Abg. Liebknecht zu entsprechen und eine hierfür erforderliche Verfassungsänderung vorzuschlagen. Damit erledigt sich auch der erste Teil der Anfrage. (Abg. Liebknecht: Neuorientierung!)

Anfrage 4:

Weiß die Regierung, in welsch schwerer wirtschaftlicher Not sich die Masse des deutschen Volkes infolge des Krieges, der Gewinnsucht kapitalistischer Interessengruppen und des Verlangens der Regierung befindet? Ist die Regierung endlich bereit, zur Steuerung dieser Not bei energischer Steigerung der allgemeinen Kriegsförderung ohne weiteres Jögern unter Beiseiteziehung aller Sonderinteressen die erforderlichen Schritte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Heizung, Beleuchtung) zu tun, und zwar durch Regelung der Produktion nach den Interessen der Allgemeinheit durch Beschlagnahme der Vorräte und ihre gleichmäßige Verteilung auf die Gesamtbevölkerung, so zwar, daß sie den Bedürfnissen bei einfachster und weitestgehender Prüfung der Bedürftigsten, unter starker Anspannung öffentlicher Mittel, aber unter grundsätzlicher Ausschaltung der Armenfürsorge auf diesem Gebiete, kostenlos oder zu leicht erschwinglichen Preisen in ausreichender Menge zur Verfügung stehen?

Ministerialdirektor Lewald: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Frage ab.

Abg. Liebknecht (Soz.): Zur Ergänzung! (Große Heiterkeit.) Erkennt die Regierung an, daß nach den bisherigen Erfahrungen die allgemeine Beschlagnahme der Vorräte...

Präsident Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Abg. Liebknecht: Ich erbitte das Wort zu einer anderen Ergänzung (Gr. Unruhe und Heiterkeit). Wird die Regierung die Beschlüsse der Budgetkommission in der Richtung dieser Forderungen möglichst früh durchführen?

Ministerialdirektor Lewald: Ich lehne namens des Herrn Reichskanzlers die Beantwortung dieser Ergänzungsfrage ab.

Anfrage 5:

a) Welchen Begriff verbindet die Regierung mit dem Wort „Neuorientierung“ der inneren Politik?

b) Hat sie ein konkretes Programm zu dieser Neuorientierung?

c) Welches ist dieses Programm im einzelnen?

d) Wann gedenkt die Regierung es zu verwirklichen?

e) Ist die Regierung bereit, noch im Laufe des jetzigen Tagungsabschnittes oder wann sonst die erforderlichen Vorlagen zur Demokratisierung von Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches und seiner Einzelstaaten, insbesondere zur Reform des Wahlrechts für die gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften und zur Demokratisierung der Verfassung zu machen?

Ministerialdirektor Lewald: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung auch dieser Frage ab.

Abg. Liebknecht (Soz.): Zur Ergänzung! (Große Unruhe.) Wie stellt sich die Regierung besonders zur Frage der preussischen Wahlreform? (Stürmische Heiterkeit rechts.) Das ist eine Frage, die das ganze deutsche Volk betrifft. So behandelt die Regierung und der Reichstag die Lebensfrage des deutschen Volkes. Das Volk weiß nun, woran es ist. (Andauernde große Unruhe.)

Präsident Dr. Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Damit sind die kurzen Anfragen erledigt.

Es folgt die erste Beratung des

Nachtrag zum Reichshaushaltsetat mit dem neuen Rechnungsmilliardekkredit.

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

Erneut wird ein Kredit von 10 Milliarden zum Zwecke der Kriegführung gefordert. Die Begründung dieses Nachtragsetats ist einfach. Nach 16 Monaten militärischer Niederlagen phantasierten unsere Feinde noch immer von der Zerschmetterung und Vernichtung Deutschlands. Der Krieg, so hart und grausam er ist, wird also weitergeführt werden, um den Preis jedes Opfers zur Sicherung von Volk und Reich. (Bravo!) Die geforderten Kredite sollen uns die finanzielle Bewegungsfreiheit geben, die für die Weiterführung dieses Daseinskampfes notwendig ist. Ihre Zustimmung wird der Welt von neuem beweisen, daß unser Entschluß zur Durchhaltung unerschütterlich ist, und daß jede Rechnung auf die Aushebung des deutschen Volkes eine falsche Rechnung ist und bleibt. (Sehr richtig!) Die bisher bewilligten Kosten belaufen sich auf 30 Milliarden Mark. Bei der letzten Bewilligung im Monat August habe ich die monatlichen Ausgaben auf zwei Milliarden beziffert. Seitdem sind vier Monate verlossen, in denen die Summe noch überstiegen wurde. Aber alles in allem ist die Steigerung der Ausgaben seit dem Frühjahr nicht allzu erheblich gewesen, besonders hat der März noch nicht 2 Milliarden Mark erfordert. Trotz der Erweiterung der Kriegsausgaben, trotz der Aufstellung neuer Formationen, trotz der Steigerung der Preise aller Rohstoffe ist es uns gelungen, das Anschwellen der monatlichen Kriegsausgaben in verhältnismäßig geringen Grenzen zu halten. Alle in Betracht kommenden Stellen haben sich durchdringen lassen von der Notwendigkeit sparsamer Wirtschaft. Aber auch die größte Sparanstrengung hat ihre Grenzen. Kaum jemals hat ein Krieg solche Anforderungen gestellt, wie dieser, und auch bei äußerster Sparanstrengung wird man mit gesteigerten Kosten rechnen müssen. Seit der letzten Bewilligung von 10 Milliarden sind etwa vier Monate verlossen. Der größte Teil davon ist also heute bereits verausgabt; eine Auffüllung der Kredite ist erforderlich, wenn wir nicht in wenigen Wochen in unserer Bewegungsfreiheit in unzulässiger Weise beschränkt werden sollen. Weiter haben wir die Art und Weise zu berücksichtigen, wie die Kredite bisher flüssig gemacht worden sind und gemacht werden sollen. Die bisher aufgelegten und gezeichneten Kriegsanleihen belaufen sich auf rund 25 1/2 Milliarden Mark gegenüber einer Anleihebewilligung von 30 Milliarden. Nicht in Anleihe gegeben ist also ein Betrag von 4 1/2 Milliarden. Hier von ist ein Teil flüssig gemacht in Schwanenweisen, der Rest wird auf demselben Wege flüssig gemacht werden bis zu dem Zeitpunkt, wo die Ausgabe einer neuen Anleihe in Betracht kommt. Dem bisherigen finanziellen Erfolg verdanken wir es, daß wir bis zum März auskommen werden. Die Höhe des neuen Kredits ist wiederum 10 Milliarden, so daß die gesamten Kosten dann

40 Milliarden

erreichen. Es ist schwer, eine so gewaltige Summe dem allgemeinen Verständnis näher zu bringen. Ich kann nur wiederholen, was ich im August schon ausgeführt habe, daß in den gesamten deutschen Eisenbahnen mit allem rollenden Material kaum mehr als 20 Milliarden investiert sind. An dieser Belastung der Allgemeinheit mag der einzelne ermerken, welche Opfer er auf sich zu nehmen hat, um seine Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen. Aber wenn unser Volk das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Pflichterfüllung hat, die den deutschen Mann und die deutsche Frau stets ausgezeichnet haben, so haben wir keinen Grund, an dem guten Ende zu zweifeln. Das bisher gerade auf finanziellem Gebiet Geleistete gibt uns die beste Gewähr hierfür. Auch unsere Feinde haben sich überzeugen müssen, daß auf dem Gebiete der Finanzen die Kraft und der Wille nirgends so in Einklang stehen als bei uns. Der kategorische Imperativ der Vaterlandsliebe und der Pflicht feiert in diesen Milliarden seine Triumphe. (Lebhaftes Bravo.)

Wehr als vier Millionen Zeichner haben sich an der letzten Kriegsanleihe beteiligt, und es müssen sich deshalb, da nur 6 Proz. der deutschen Steuerzahler über ein Einkommen von mehr als 3000 Mark verfügen, drei Millionen Personen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. an der Zeichnung der Anleihe beteiligt haben. (Hört! hört!) Die Anleihe ist also eine Volksanleihe im wahren Sinne des Wortes, sauer ersparte Groschen wurden opferwillig dem Vaterlande dargebracht. (Weisfall.) Wir danken auch von dieser Stelle aus allen, die zu diesem großen Erfolge beigetragen haben. (Erneuter Weisfall.) Wir haben die Volksanleihe gemacht, die die Engländer machen wollten, aber nicht machen konnten. Die englische Anleihe, die mehrere Monate lang zur öffentlichen Zeichnung auslag, war, wie im englischen Unterhause zugegeben werden mußte, ein glatter Fehlschlag, denn dort wurden in Monaten Millionen, bei uns aber in Wochen Milliarden gezeichnet. Heute belaufen sich die Einzahlungen auf mehr als 10,6 Milliarden und sind damit der Pflichtzahlung um 4 1/2 Milliarden voraus. (Hört! hört!) Das ist der beste Beweis dafür, wie leicht die deutsche Volkswirtschaft die Forderungen derartiger Kapitalien bewerkstelligen kann. Dabei sind die Darlehenklassen für die Zwecke der Kriegsanleihe nur in ganz geringem Umfange in Anspruch genommen worden. Unsere Sparklassen zeigen ein sehr erfreuliches Bild, ebenso der Depostitenbestand unserer Banken. Es sind hier Höchstziffern erreicht, wie sie in Friedenszeiten niemals erreicht worden sind. Trotz der Einzahlungen auf drei Kriegsanleihen sind die Einlagen bei unseren Banken heute höher als vor Jahresfrist. (Hört! hört!) Der Stand unserer Reichsbank ist nach wie vor günstiger, als irgend einer der Zentralbanken in einem der kriegführenden Länder. Freilich, unsere Feinde wollen das nicht gelten lassen. Typisch dafür ist die Schrift eines Mr. Davis: „Das britisch-deutsche Finanzwesen“. Diese Schrift, mit der

Deutschland von Holland aus überschwemmt wird, behauptet, daß wir unsere Bankdirektoren durch Drohungen und unter Verletzung auf das Kriegsgeld gezwungen hätten, und die Depostiten für die Zwecke der Kriegsanleihe auszuliefern. (Lachen.) Die Zensur hat bei mir angefragt, ob sie die Verbreitung dieser Schrift verhindern solle. Ich habe natürlich angeordnet, daß die Zensur der Verbreitung dieser Schrift keine Hindernisse in den Weg legt. (Sehr gut!) Man fragt sich, ob es denn möglich ist, das Urteil selbst durch die im Kriege ausgewählten Leidenchaften so furchtbar zu trüben, und ich nehme dies zum Anlaß zur Selbstprüfung, ob wir unerschrocken bei Beurteilung der Verhältnisse unserer Gegner ebenso vorgehen wie diese gegenüber uns. Aber ich glaube, der Deutsche ist zu gewissenhaft und zu ernst, er neigt eher nach der anderen Seite und dazu, die Schwierigkeiten bei sich zu Hause zu überhäufen und die Schwierigkeiten bei dem andern zu gering zu sehen. (Sehr wahr!) Wie haben sich nun die Finanzverhältnisse in der Gesamtheit, auch bei unseren Feinden, gestaltet? Ich habe im August die täglichen Kriegskosten aller kriegführenden Staaten auf 300 Millionen Mark geschätzt. Dies reicht heute nicht mehr aus; die Kriegskosten betragen jetzt

320 bis 330 Millionen Mark pro Tag,

im Monat 8 bis 10 Milliarden Mark, im Jahre nahezu 120 Milliarden Mark bei allen kriegführenden Staaten. (Lebhaftes Hört! hört!) Von diesen gewaltigen Kriegskosten entfallen heute noch etwas weniger als zwei Drittel auf unsere Gegner, etwas mehr als ein Drittel auf uns und unsere Verbündeten. Mr. Aquith hat kürzlich selbst die laufenden Kriegskosten Englands auf täglich 100 Mill. angegeben. Damit hat uns England wohl endgültig überholt. England hat bisher etwa 18 Milliarden Mark, wir 25 Milliarden durch langfristige Anleihen gedeckt. Frankreich, das bisher nur ganz minimale Beträge seiner Kriegskosten durch 10jährige Obligationen aufgebracht hat, macht erst jetzt verzweifelte Anstrengungen mit einer zu sehr niedrigem Kurs aufgelegten Anleihe. Der zweite Unterschied ist, daß wir bisher das Geld für uns und unsere Verbündeten so gut wie ausschließlich im Inlande gedeckt und aus den Geldern der inländischen Arbeit geschöpft haben. Endlich haben wir unsere Anleihen nach einem einheitlichen, einfachen und großzügigen Plan durchgeführt, die Bedingungen für das Reich von Schritt zu Schritt verbessert und den Erfolg von Schritt zu Schritt vergrößert. Unsere von Anfang an 6 Proz. Anleihen wurden nacheinander zu 97,5, dann zu 98,5, zuletzt zu 99,5 ausgeben und der Ertrag war 4,5, dann 9, dann 12,2 Milliarden Mark. Bei unseren Gegnern ein Laufen und Suchen, Verlegenheitsmaßnahmen und fortgesetzte Verschlechterung der Geldbeschaffung. Frankreich hat seit Beginn des Krieges 22 Milliarden Frank. aufgenommen, aber in sehr buntschickigen Teilbeträgen. Als Deutschland bald nach Kriegsausbruch mit einer 5prozentigen Anleihe von 97,5 herauskam, sprachen die französischen Zeitungen vom deutschen Staatsbankrott. Jetzt wird die 6prozentige französische Anleihe zu 88,6 ausgeben. (Hört! hört!) Die 3prozentige französische Rente wird höher als zum Kursstand in Zahlung genommen und die bisher teilweise gesperrten Sparkasseneinlagen werden ganz ausgezahlt, wenn sich der Besitzer verpflichtet, Kriegsanleihe damit zu zeichnen. Morgen soll die französische Zeichnung geschlossen werden, wir warten das Ergebnis in Ruhe ab. — Wenn Sir Grey am 4. August 1914 sagte, der Krieg werde England kaum größere Opfer auferlegen, wenn es sich an ihm beteiligt, als wenn es beiseite stehe, so werden sich die englischen Staatsmänner inzwischen eines Besseren haben belehren lassen müssen. Zu Anfang des Krieges erklärte Lloyd George, es entspreche alter englischer Tradition, einen sehr erheblichen Teil der Kriegskosten durch Steuern aufzubringen, wodurch die Kosten der napoleonischen Kriege zu 40 Proz. gedeckt worden seien. Die Entwicklung der englischen Wirtschaft zeigt, daß dieser Plan gescheitert ist und daß England heute um die Aufrechterhaltung seines Budgets kämpft. Das ist ein sehr schwerer Kampf, von dem ich offen sage,

daß er uns auch noch bevorsteht.

In England und Frankreich hegt man die größten Besorgnisse infolge dieser Erscheinungen.

Wer ein richtiges Bild von dem finanziellen Stand der einzelnen Mächte gewinnen will, muß die Kurse der Konfols vergleichen. Seit 1913 ist die französische 3prozentige Rente von 87 auf 64 1/2, im Kurs zurückgegangen, die englischen Konfols von 73,80 auf 58, die deutsche Reichsanleihe von 77,7 auf 70. Der Kursrückgang in England ist also doppelt so groß, in Frankreich dreimal so groß als in Deutschland. (Bravo!) Wir stehen in diesem Krieg stark und fest auf unseren eigenen Füßen. Dank unserer Arbeit schaffen uns Landwirtschaft und Industrie auf heimischem Boden alles, was wir zum Kriegsführen brauchen. (Weisfall.) Wir zahlen ausschließlich an uns selbst, während die Feinde Milliarden an das Ausland entrichten müssen. In diesem Unterschied liegt die Gewähr, daß wir auch weiterhin den Vorprung behaupten werden. Aber das ist noch nicht alles. Das politische Weltreich England ist zum größten Teil auf der britischen Weltmacht aufgebaut und wird durch diese Weltmacht zusammengehalten. (Sehr richtig!) Seine Alliierten hat England zumeist mit Geld an sich gefesselt und bisher die meisten Kriege nur mit Geld geführt. Auch bei Beginn des jetzigen Krieges glaubte England nach dieser bewährten Methode arbeiten zu können. Dieser englische Kriegskrieg hat sich nicht durchführen lassen. Unsere braven Truppen haben die Engländer gezwungen, in diesem Kriege nicht nur Geld, sondern auch Blut einzusetzen. Sie haben England gezwungen, eine eigene Armee aufzustellen, und die Wirkung war, daß die Kriegskosten Englands nahezu ins Ungemessene gewachsen sind.

Wir wollen uns in aller Ruhe und Rührlosigkeit darüber Rechenschaft geben, daß mit Englands Finanzen und Englands Wirtschaftslage die Grundlagen des englischen Weltreichs ins Wanken kommen. Man kann das englische Weltreich mit einem großen Sonnensystem vergleichen. Alles Licht geht von dem Zentralstern aus. Verliert die Sonne einen wesentlichen Teil ihrer Kraft, dann wird das ganze Planetensystem untergehen. Genau so ist es hier. Verliert England seine gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Ueberlegenheit, so verliert es den besten Teil seiner Kraft, und sein Weltreich ist dem Untergange nahe. Deutschland steht anders da. Wir können es vertrauen, ärmer zu werden, wir bleiben doch, was wir sind. (Sehr richtig!) Für ein verarmtes England aber heißt es: „Finis Britanniae!“ (Sehr wahr!) Wenn aber einmal das britische Weltreich in die Brüche gegangen sein wird, dann wird es auch in Jahrtausenden nicht wieder aufstehen. (Allseitige Zustimmung.) Und angesichts dieser Lage wagt eine Regierung mit einem solchen Risiko das freudvolle Wort vom Erziehungskriege Deutschlands zu sprechen. Wir wissen, daß trotz aller Abpirerungen Drot, Kartoffeln und andere wichtige Dinge bei uns billiger sind, als in England und Frankreich. Und die Feinde sollen wissen: wir verzichten auf jeden Ueberfluß, wenn es sein muß, wir wollen lieber jede Not, als des Feindes Gebot ertragen. (Lebhafter Weisfall.) Die deutsche Eisenfaust hat jetzt mit wuchtigen Schlägen das eiserne Tor zerklüftet und durch Serbien den Weg nach dem Osten geöffnet. Die deutsche Eisenfaust wird zu neuen Schlägen ausbrechen, wenn unsere Feinde es durchaus so haben wollen. (Lebhafter Weisfall.) Die Verantwortung für das Blut aber, das weiter fließt, und für die Not, die kommt, für die schweren Gefahren, die der ganzen europäischen Kultur drohen, fällt nicht auf Deutschland (Sehr wahr.) Sie fällt auf jene, die sich nicht entschließen können, uns angesichts unserer gewaltigen Waffenerfolge, die keine Welt uns streitig machen kann, die nötigen Rechte für die Sicherung unserer Zukunft zuzugestehen. Wir stehen fest wie ein Fels in der heimischen Erde, an dem Goldpfeiler des Britischen Reiches aber leuchten in Pflanzenschrift die Worte beim Gastmahl des Belisarios: „Meno meno tekel upharsim!“ (Lebhafter Weisfall und Handklatschen.)

### Abg. Scheidemann (Soz.):

Wie bei früheren Gelegenheiten, so behält sich meine Fraktion auch bei diesem Gesetz ihre endgültige Entscheidung bis zur dritten Lesung vor. Wir haben den Wunsch nach einer gründlichen Aussprache über allgemeine politische und finanzielle Dinge, gerade um Anlaß an diese Vorlage. Wir glauben aber, daß das zunächst am zweckmäßigsten und besten in der Budgetkommission geschieht. Deshalb erklären wir uns mit der von den verschiedensten Seiten angeregten Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission einverstanden. (Bravo.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

### Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

(zur Geschäftsordnung):

Nach der Geschäftsordnung müssen vor der Abstimmung über einen Schlußantrag die noch auf der Rednerliste stehenden Abgeordneten dem Hause mitgeteilt werden. (Widerpruch.) Weiter verweise ich darauf, daß als einziger Redner außer Scheidemann ich auf der Rednerliste stand und daß ich mich als erster zum Worte gemeldet hätte zu dem ausgesprochenen Zweck, in diesem Hause zu protestieren gegen... (Auhauerndes Lachen der Glode des Präsidenten. — Laute Zurufe der Mehrheit. Unruhe im Hause, in der die folgenden Worte des Redners verloren gehen. Liebknecht ruft u. a.: Sie wollen die Wahrheit nicht hören.)

Abg. Wassermann (natl.) beantragt die Uebertreibung der Vorlage an den Ausschuss für den Reichshaushalt.

Abg. Ledebour (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß das Haus, anstatt abzuwarten, ob der Herr Präsident es für nötig hält, gegen einen zur Geschäftsordnung sprechenden Redner einzuschreiten, seinerseits durch fortwährendes Schreien den Redner am Weiterreden behindert hat. (Lachen.) Ich nehme Veranlassung, gegen diese Verletzung der Würde des Hauses zu protestieren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Ich stelle fest, daß das Haus Dr. Liebknecht so lange angehört hat, bis der Präsident die Glode schwang. Erst als Dr. Liebknecht mit dem Reden auch dann nicht aufhörte und er sich den Anordnungen des Präsidenten nicht fügte, hat das Haus durchaus richtig Dr. Liebknecht am Weiterreden gehindert. (Lebhafte Weisung bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Das Verhalten des Hauses hat mich nicht erstaunt. Das preussische Abgeordnetenhaus war mir ein gutes Beispiel für derartige Sitten und Gebräuche. (Lachen bei der Mehrheit.)

Die Vorlage geht an den Ausschuss für den Reichshaushalt. Die Vorlage auf vermehrte Einstellung von Hilfsarbeitern beim Reichspatentamt wird in erster Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Kriegsgewinnsteuer, Kriegsabgaben der Reichsbank und Bericht der Budgetkommission über Ernährungsfragen.

Schluß 3/4 Uhr.

## Sozialpolitik und Heeresfragen

vor der Haushaltskommission des Reichstags.

(Sitzung vom 14. Dezember.)

Die Kommission hatte beschlossen, alle Anträge, die auf eine Steigerung der Ausgaben hinauslaufen, zusammen zu beraten. Deshalb wurden mit den sozialpolitischen Anträgen auch jene Anträge beraten, die auf eine bessere Bezahlung der Soldaten hinauslaufen.

Abg. Stücklen (Soz.) weist darauf hin, daß sich der sozialdemokratische Antrag, der 80 Pf. Löhnung für Soldaten in Feindesland und 50 Pf. Löhnung für Soldaten im Innern Deutschlands verlangt, ziffernmäßig von dem Antrag des Zentrums nicht unterscheidet, dagegen die Forderungen mit aller Bestimmtheit aufstellt, während der Zentrumsantrag der Regierung immer die Möglichkeit läßt, einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Ueber die Kosten des Antrages sind sich die Sozialdemokraten völlig klar; sie sind aber der Auffassung, daß nicht etwa bei den Soldaten gespart werden darf. Zu einem erheblichen Teil können diese Mittel gewonnen werden durch eine gründliche Reform der Kriegsbesoldungsordnung. Der Antrag sei nicht gestellt, wie der Schatzsekretär vermutet, damit die Soldaten ihren Angehörigen Geld schicken können, der Antrag hat seine Ursache vielmehr darin, daß die Soldaten nicht mehr in der Lage sind, mit ihrer Löhnung ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Vielfach haben Kriegerfrauen ihren Mannern Geld ins Feld geschickt, und manche Kriegerfrau hat sich die paar Groschen förmlich abgehungert, die nötig waren, um für den Mann einige Kleinigkeiten kaufen zu können. Alles, was sich der Soldat in der Heimat kaufen muß, ist um 100 bis 200 Proz. teurer geworden; demgegenüber ist eine Erhöhung der Löhnung um 50 Proz. nur ein schwacher Ausgleich. Die Truppen klagen vielfach über die Ernährung. Sie haben das Bedürfnis und sind nicht selten gezwungen, sich noch Nahrungsmittel zuzulassen. Das allein rechtfertigt die Erhöhung der Löhnung. Oftmals werden die Soldaten auch dadurch geschädigt, daß die Kantinen an Unternehmer verpachtet sind. So hat z. B. der Pächter der Kantine beim Kriegsbesoldungsamt in Kassel es fertiggebracht, die Butterhöchstpreise zu überschreiten. Die Reform der Kriegsbesoldungsordnung ist nur eine halbe Maßregel. Redner kündigt an, daß seine Partei einen umfassenden Antrag nach der Richtung hin stellen wird. Die deutschen Soldaten sind nicht im Feld, um Geld zu verdienen; man wird das auch den Offizieren nicht unterstellen dürfen, und deshalb ist es notwendig, daß die Gehälter der Offiziere eine gründliche Reorganisation erfahren. Die Regierung hat dem Beschluß des Reichstages, das Besoldungsgeld der Mannschaften auf 1,20 M. pro Tag zu erhöhen, keine Folge geleistet, und gerade darin liegt die Ursache, daß jetzt Klagen in großer Menge kommen. Durch Annahme der sozialdemokratischen Anträge könne diesem Uebelstand gesteuert werden.

Abg. Gröber (Z.) bespricht zunächst die Frage der Familienunterstützung. Das Zentrum wollte die Erhöhung der Unterstützung auf eine Einkommensgrenze von 2000 M., die der Mann im Frieden hatte, binden. Auch dieser Redner wies darauf hin, daß die Aufbesserung der Soldatenlöhnung eine dringende Notwendigkeit ist. Die Hilfswomen, die als Militärbeamte tätig sind, führen bei hohem Einkommen ein sehr angenehmes Leben. Das müsse verbitternd wirken.

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß er bei Annahme dieser Anträge die Verantwortung nicht übernehmen könne. Für eine Verbesserung in der Mannschaftenverpflegung sei hinlänglich gesorgt. Man habe die Absicht, einen neuen Fonds zur Verfügung zu stellen, aus dem Härten ausgeglichen werden können. Auch die Anträge zur Familienversorgung seien von so großer finanzieller Bedeutung, daß er sich darauf nicht einlassen könne. Er bittet, keine bindenden Verpflichtungen zu beschließen.

General v. Owen erklärt, die Verpflegung sei ausreichend geregelt; auch die Menge reiche vollständig aus.

Abg. Bauer (Soz.) bekämpft die vom Zentrum beantragte Einkommensgrenze von 2000 M. Auch die Voraussetzung der Bedürftigkeit darf nicht festgehalten werden. Die Unterstützung soll nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen. Die Beschlüsse einer Bürgermeister-Konferenz, die jüngst in Berlin tagte, könne nicht maßgebend sein. Diese Konferenz haben überdies nur die Lieferung von Kohlen und Kartoffeln abgehandelt. Die Gemeinden müßten gezwungen werden, zur Staatsunterstützung einen Beitrag von mindestens 50 Proz. zu leisten. Es sei nicht zu verstehen, weshalb sich die Regierung gegen die Einrichtung einer Besoldungskommission wende. In den Verwaltungsbereichen als Aufsichtsorgane habe die Masse des Volkes nur wenig Vertrauen.

Abg. Werner (Ant.) tritt für eine Erhöhung der Unterstützung ein und betont, daß die Kreisbehörden in Hessen die Unterstützung vielfach aus den wichtigsten Gründen ablehnen.

Abg. Liebing (Fortf. Sp.): Die Heeresverwaltung habe die Aufgabe, Sparjamkeit zu üben, diese Sparjamkeit müsse auch

auf die Kriegsbesoldungsordnung ausgedehnt werden. Bei der Familienunterstützung muß das Besoldungsgeld an eine besondere Instanz zugestanden werden. In Österreich sei die Unterstützung weit besser geregelt; dort zahle alles der Staat. Die vom Zentrum verlangte 2000-M.-Grenze sei ungerichtet und deshalb unannehmbar.

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß man die österreichischen Verhältnisse nicht einfach auf Deutschland übertragen könne. Man wolle dem Reiche eine neue Last von 50 Millionen Mark aufbürden, die nicht getragen werden könne.

Abg. Hoch (Soz.) erkennt an, daß die erlassenen Verfügungen sehr wohlwollend gedacht, in der Praxis aber nicht brauchbar waren. Gerade aus kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Kreisen kommen die meisten Klagen. Beamte, die eingezogen sind, erhalten das volle Gehalt und dabei handele es sich oft um reiche Leute. Das mache eben die Schablone. — Redner verlangt, daß an die beurlaubten Soldaten für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgelder gezahlt werden sollen. Die Verpflegung im Felde sei in sehr vielen Fällen nicht genügend.

Abg. Stücklen (Soz.) weist darauf hin, daß in den Briefen aus dem Felde und aus der Heimat von den Soldaten viel über die Verpflegung geklagt wird. Kein Mensch verlange, daß man, wenn die Arme, wie in Serbien, im Vormarsch begriffen ist, den Soldaten die Nahrung auf die Stunde vorgelegt werden müsse. Wo die Möglichkeit dazu nicht besteht, wird es natürlich auch nicht verlangt. Man darf aber nicht vergessen, daß mitunter bei der Verteilung der Fleischvorräte nicht gerade einwandfrei verfahren wird. Die Klagen, die aus der Heimat kommen, sind zu verstehen. Man darf aber nicht übersehen, daß Leute, die 12—14 Stunden Dienst tun müssen, eine bessere Verpflegung brauchen, als sie vielleicht im Zivilleben vorhanden war. Vielleicht wäre es angebracht, den Mannschaften eine größere Ration zu geben. Redner fordert noch einmal die Festlegung des Besoldungsgeldes auf 1,20 M. pro Tag und schließt sich der Forderung an, den Urlaubern Verpflegungsgeld zu bezahlen. Man solle über die Stimmung der Mannschaften sich keiner Täuschung hingeben und alles tun, um Besoldungen abzustellen.

Kriegsminister v. Wandel erklärt die Stimmung der Truppen als ausgezeichnet. Die Verpflegung sei völlig ausreichend. Eine Erhöhung der Löhnung wäre absolut unnötig, die Kriegslöhnung reiche vielmehr vollständig aus. Unzufriedene gebe es eben überall, also auch in der Kaserne. Es sei vielleicht besser, wenn man die Familien höher unterstütze. Das Kriegsministerium habe bereits eine Verordnung fertiggestellt, durch welche den Urlaubern das Besoldungsgeld für die Zeit ihres Urlaubs bereits beim Antritt der Urlaubsreise bezahlt wird. Wenn bei der Ausbildung der Truppen Leute dienstunfähig werden, ohne daß eine Dienstbeschädigung vorliegt, dann ist jetzt schon die Möglichkeit geboten, unterliegend einzuzutreten. Die Erhöhung des Verpflegungsgeldes auf 1,20 M. pro Tag wäre zum Teil hinausgeworfenen Geld.

General v. Owen erklärt, daß zu dem Verpflegungssatz von 80 Pf. Zuschüsse gegeben werden. Wo die Verpflegung der Mannschaften in eigener Regie erfolgt, sind sogar Ueberschüsse erzielt worden. Die Ration reiche vollständig aus. Den Vorkommissen in Kassel soll nachgegangen werden. Die gemeinsame Verpflegung durch den Truppenteil selbst sei nicht überall durchzuführen.

Abg. v. Callier (natl.) schildert die Erfahrungen, die er als Kommandeur eines Ersatz-Bataillons gemacht habe. Die Verpflegung sei gut, vielfach seien allerdings die Geschmäcker verschieden. Dem Rechnung zu tragen, sei nicht möglich. Mit Erhöhung der Mannschaftslohnung erreiche man gar nichts.

Abg. Stadthagen (Soz.) bespricht die Familienversorgung. Das Gesetz gebe jetzt keine Handhabe, die Gemeinden zu zwingen, Unterstützung zu leisten. Der Begriff der Bedürftigkeit müsse aus dem Gesetz heraus. Die Summen, die für eine Verbesserung erforderlich sind, dürfen nicht schrecken. Je älter die Eingezogenen sind, um so höher wird die Zahl derer, die auf Unterstützung Anspruch erheben können. Redner schildert, daß man einer Kleinbesitzerfrau, die Unterstützung forderte, den Rat gegeben habe, ihre beiden Kühe zu schlachten; als bedürftig im Sinne des Gesetzes wollte man sie nicht ansehen. Eine Besoldungskommission ist nötig; denn nur dann, wenn diese Instanz entschieden hat, ist auch eine Zwangssetzungsführung bei der Gemeinde möglich.

Abg. Roland-Lücke (natl.) rechtfertigt die ablehnende Haltung des Schatzsekretärs. Die Finanzen des Reiches müssen gesichert werden. Die Aufbesserung der Löhnung würde allein 900 Millionen im Jahre kosten.

Abg. Neumann-Hofer (Fortf. Sp.) bespricht den Unterschied zwischen der Mannschafts- und der Offiziersbesoldung. Er meint, es wäre vielleicht besser, die Kriegsbesoldungsordnung ganz zu beseitigen und einfach die Friedensgehälter zu bezahlen. Das Prinzip sei völlig falsch, dem Offizier im Kriege mehr zu geben als wie im Frieden. Die Verpflegung der Mannschaften sei gut.

Abg. Graf Westarp (kons.) macht den Vorschlag, alle Anträge als Material zu überweisen.

Abg. Kreth (kons.): Die Verpflegung im Felde ist ausgezeichnet. Man habe ein Landwehrmann versichert, daß es ihm ein ganzes Leben noch nie so gut gegangen sei. Daß die Offiziere gut bezahlt werden, ist deshalb berechtigt, weil sie einen doppelten Haushalt führen müssen. Die Erhöhung der Mannschaftslohnung könne man nicht durch Ersparnisse decken. In Belgien bemühe man sich gegenwärtig, moralische Erhebungen zu machen; ein Verfresen, das nicht im mindesten Zweck habe.

Abg. Giesberts (Zentr.) tritt für allgemeine Selbstversorgung bei den Truppen ein. Die Verwalter der Lebensmittelvorräte müssen in die Möglichkeit verkehrt werden, mehr Brot zu geben, wenn solches verlangt wird.

Abg. Bauer (Soz.): Ein Einkommen von 2000 M. ist für ländliche Verhältnisse ziemlich hoch; in den Städten liegen die Dinge aber anders. Es geht in unser Rechtssystem nicht hinein, daß man einen Rechtsanspruch schafft, aber eine Besoldungseinstellung verweigert. In einem Falle ist einer schwangeren Frau vom Armenvorsteher die Unterstützung verweigert worden mit dem Hinweis darauf, daß sie arbeiten solle. Bei der Behandlung der Verwundeten ist zu beobachten, daß man Leute, deren Wiederherstellung ausgeschlossen ist, nicht aus dem Heeresverband entläßt. Es müßte direkt verboten werden, daß bei der Verpflegung der Mannschaften Ersparnisse gemacht werden. Die Fälle sind sehr häufig, daß Mannschaften, die im Deere ihre Gesundheit einbüßen, nichts erhalten, weil keine Dienstbeschädigung vorliegt. Nach dieser Richtung hin muß das Gesetz geändert werden. Der Begriff „Dienstbeschädigung“ wird vielfach viel zu eng ausgelegt. Auch der Unterschied zwischen Dienstbeschädigung und Kriegsdienstbeschädigung müßte in Wegfall kommen. Dringend nötig ist, daß man auch den unehelichen Kindern den Anspruch auf Rente zugestehet.

Abg. Gothein: Die Klagen des Vorredners sind berechtigt. Der Zustand ist unhaltbar, daß eine einzige Instanz darüber entscheidet, ob die Wehrunterstützung bezahlt werden soll oder nicht. Gegen einen abweisenden Bescheid ist so gut wie nichts zu machen. Das widerspricht dem Rechtsempfinden des Volks, deshalb muß eine Besoldungskommission geschaffen werden, die sachverständig entscheiden kann. Am besten wäre es, schon bei Stellung des Antrages eine Kommission entscheiden zu lassen, in der alle am Ort vorhandenen Parteien vertreten sind. Mindestens aber müßte für jeden Regierungsbezirk eine Berufungsinstanz eingerichtet werden.

Abg. Erzberger stellt fest, daß die Mehrausgaben für die beantragte Erhöhung der Mannschaftslohnung pro Monat 45 Millionen Mark in Anspruch nehmen würde. Die Anträge der Konservativen auf Zuschüsse zur Beschaffung billiger Lebensmittel würden dagegen einige hundert Millionen Mark erfordern, deshalb sind die Einwände, die gegen die Erhöhung der Mannschaftslohnung gemacht werden, durchaus nicht stichhaltig.

Die Diskussion wendet sich dann wieder den sozialpolitischen Anträgen zu.

Abg. Bauer (Soz.) begründet die von den Sozialdemokraten beantragte Erhöhung der Wochenhilfe und die Ausdehnung des Kreises der Berechtigten. Redner zeigt, welche Schwierigkeiten sich gerade auf diesem Gebiet ergeben haben. In Zweifelsfällen ver-

weist man die Interessenten immer an die Krankenkassen, die aber nur dann eine Bezahlung leisten können, wenn sie die Gewähr für den Erfolg haben.

Schließlich wurden alle Anträge, die zur Familienunterstützung gestellt sind, einer Unterkommission von sieben Mitgliedern überwiesen. — Es wurde dann ein von allen Parteien gestellter Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente beraten. Ministerialdirektor Caspar stützt sich auf die in der Denkschrift angegebenen ablehnenden Gründe und erklärt, der Bundesrat dürfe einer solchen Änderung des Gesetzes kaum zustimmen. — Dieser Ansicht schloß sich auch Staatssekretär Helfferich an.

Die Annahme des Antrages in der Kommission ist gesichert. Die Beratung geht weiter. Ueber die Rede Rollenbühns zu dieser Sache werden wir morgen berichten.

## Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine Kreisgeneralversammlung des Solinger Kreises beschloß sich am Sonntag mit der Entgegennahme des Geschäftsberichts. Verschlössen wurde, an Stelle der bisher üblichen Generalversammlungen Kreisfunktionen abzulösen, die sich aus gewählten Delegierten und den Funktionären zusammensetzen.

Die Generalversammlung ist durch die Einführung von Konferenzen nicht grundsätzlich befristet. Sie muß einberufen werden, wenn drei Distrikte es beantragen.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die sich mit der Faltung der Fraktionsmehrheit nicht einverstanden erklärt und auch eine entschiedenere Stellungnahme unserer Fraktionsredner bei der Begründung der Friedensinterpellation gewünscht hätte.

## Aus Industrie und Handel.

Freistreibereien in der Schweiz.

v. Der Verband der schweizerischen Papier- und Papierstofffabrikanten hat neuerdings die Papierpreise gleich um 25 Prozent auf einmal erhöht, nachdem mehrmalige Preiserhöhungen bis zu 10 Prozent vorausgegangen waren. Die Preissteigerungen werden mit Schwierigkeiten in der Beschaffung sämtlicher Holz- und Hilfsstoffe für die Papierfabrikation sowie der Steigerung der Preise für dieselben in unermindeterem Maße begründet. Die Tagespresse hat infolgedessen ihre Jahresabonnements um 80 Cts. bis 1 Fr. pro Jahr erhöht und läßt überdies verschiedene Beilagen, wie Kalender, Eisenbahnfahrpläne und Sonntagblätter wegfällen.

Der schweizerische Schokoladenrat („Syndikats-kammer der schweizerischen Schokoladenfabrikanten“) hat mit dem 10. Dezember die Schokoladenpreise um 15 Proz. erhöht, die aber angeblich der Steigerung der Rohmaterialienpreise nicht entsprechen. Eine größere Preiserhöhung sei nur deshalb nicht erfolgt, „um die Preise dieses wichtigen Lebensmittels in möglichst bescheidenem Rahmen zu halten“.

## Soziales.

Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung.

Der Bundesrat hat am 9. Dezember auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 folgende Verordnung erlassen:

„Die im § 305 des Versicherungsgesetzes für Angestellte bestimmte Frist, innerhalb welcher eine Abkürzung der Wartezeit zum Bezuge der Leistungen dieses Gesetzes gestattet werden kann, wird für alle Personen, die vor dem 1. Januar 1915 zu den Angestellten im Sinne des § 305 gehören, bis zum Schluß desjenigen Kalenderjahres verlängert, welches auf das Jahr folgt, in welchem der Krieg beendet ist.“

Rückzahlung des Versicherungsbeitrags des Angestellten.

Nach dem Gesetz sind die Beiträge für die Angestelltenversicherung zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen. Zur Eingahlung verpflichtet ist der Arbeitgeber, der den vom Angestellten zu entrichtenden Teil des Beitrags nur bei der nächsten Gehaltszahlung und, wenn das unterblieben ist, bei der übernächsten Zahlung in Abzug bringen kann, es sei denn, daß eine verspätete Entrichtung der Beiträge ohne sein Verschulden erfolgt. Die Frage, ob ein solches Verschulden vorliegt, ist vor kurzem wieder Gegenstand zweier Streitverfahren vor dem Kantonsaussschuß der Angestelltenversicherung gewesen.

In einem Fall bestand zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Sonderabkommen, nach dem letzterer sich bereit erklärt hatte, sich gegebenenfalls die Beiträge in weiteren Abständen und in größeren Beträgen absetzen zu lassen. Der Kantonsaussschuß hat auf Nichtigkeit einer solchen Vereinbarung und auf Rückzahlung der auf diese Weise dem Angestellten abgezogenen Beitragsanteile erkannt. Dagegen ist in einem anderen Falle die Berechtigung des nachträglichen Abzugs anerkannt worden. Die Arbeitgeberin hatte im April 1913 das Streitverfahren über die Versicherungsprämie des Angestellten beantragt und bis zur Entscheidung Beiträge nicht gezahlt. Die nachträgliche Zahlung erfolgte hiernach ohne ihr Verschulden.

Obligatorischer Lohnzuschlag von 25 Proz. für Ueberzeit in der Schweiz.

Der schweizerische Bundesrat hat kürzlich abermals das Fabrikgesetz durchbrochen und die Kantonsregierungen ermächtigt, Arbeitszeitverlängerungen sowie Nacht- und Sonntagsarbeit, und zwar auch für Frauen und Jugendliche in weitestem Maße zu bewilligen und dafür Lohnzuschläge von 25 bis 50 Proz. vorzuschreiben. Sie konnten dies, aber mußten es nicht. Dieses Vorgehen des Bundesrates, der dabei überdies keinen einzigen Arbeitervertreter zu Rate gezogen hatte, erregte in der Arbeiterschaft tiefste Entrüstung und der sozialdemokratische Parteitag in Karau protestierte energisch dagegen. Daraufhin machte der Bundesrat den Lohnzuschlag obligatorisch, aber wieder nur mit einer Begünstigung der Unternehmer, indem er unterschiedlos für Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit bloß einen Lohnzuschlag von 25 Proz. festlegte. Es sollte aber die ganze unsoziale Praxis wieder ausgegeben werden.

Wißhandlung eines Lehrkrings.

Der Schlosser- und Maschinenbauerlehrling Nummer 10, der dem Unternehmer Verletow in der Lehre war, hatte beim Gewerbegericht auf Lösung des Lehrvertrages wegen wiederholter Wißhandlung geklagt. Der Vertrag ist dann durch rechtskräftiges Verurteilungsurteil gegen den Beklagten gelöst worden. In einer neuen Klage forderte nun der Lehrling eine Vertragsstrafe von 100 M. von dem Beklagten. Infolgedessen mußte der Vemeis über die Wißhandlungen erhoben werden. Der Beklagte behauptete, er habe den Kläger nur einmal mit einem Stoß geschlagen, weil derselbe eine wertvolle Arbeit verdorben hatte. Der Kläger gab dagegen an, er sei öfter in grober Weise geschlagen, ja der Beklagte habe ihn sogar mit einem schweren Eisenstück geworfen. Die Zeugenvernehmung ergab, daß der Lehrling öfter geschlagen wurde, und zwar in einem Falle mit einem etwa dreiviertel Meter langen Stiel Schauerleiste. Ein ärztliches Attest stellt fest, daß der Kläger, anscheinend infolge von Stoßschlägen, Hautabkürfungen an beiden Oberarmen aufwies. — Das Gericht erkannte die Forderung des Klägers als berechtigt an und verurteilte den Beklagten zur Zahlung von hundert Mark.

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis.

Ein gemeinschaftliches Kriegsbuch. Herausgegeben von W. Jansson. Berlin 1915. Verlag der Internationalen Korrespondenz A. Baumeister. 167 S. Preis 2 M., geb. 3 M.

Im Mittelpunkt aller unserer Erörterungen über die Stellung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen zum Kriege muß die Frage stehen, wie die Arbeiterinteressen durch den Fortgang und durch das Ergebnis des Krieges beeinflusst werden. Es ist daher sehr zu begrüßen, wenn diesem wichtigsten Problem unserer Zeit eingehende Studien gewidmet werden, und gerade wir Marxisten müssen auf solche Untersuchungen den größten Wert legen. Besteht doch die marxistische Politik in nichts anderem als in der Orientierung der Politik nach dem ausschließlichen Richtpunkt der Förderung der Arbeiterinteressen. Gerade der Marxismus hat uns gelehrt, daß das Proletariat sich in seinem Handeln nicht nach irgend welchen Schlagworten zu richten hat, sondern nach der fortgeführten sorgfältigen Untersuchung seiner jeweiligen Klasseninteressen, wobei es natürlich über der Gegenwart nicht die Zukunft, über dem Einzelnen nicht das Allgemeine, die Gesamtbewegung vergessen darf.

Die 16 Gewerkschafter, die sich zur Abfassung des neuen „Kriegsbuches“ zusammengefunden, haben nicht den Einfluß des Kriegsergebnisses auf alle Arbeiterinteressen untersucht, sondern nur die ökonomische Seite des Problems. Die politischen Folgen des Krieges insbesondere für die Förderung und Ausgestaltung der Demokratie blieben fast ganz außerhalb des Rahmens der Betrachtungen. In seinem Schlußwort hat allerdings Gen. Jansson eine Reihe politischer Forderungen der Gewerkschaften formuliert, ohne aber die Frage näher zu untersuchen, inwiefern ihre Verwirklichung von dem Ausgang des Krieges abhängig ist. In der Tat hätte auch diese schwierige Untersuchung, deren rückhaltlose öffentliche Erörterung überdies durch die Zeitumstände unmöglich gemacht wird, den Umfang des Büchleins sehr stark anschwellen lassen müssen. Man muß deshalb die Beschränkung auf das wichtigste Problem, das ökonomische, hier nur durchaus gerechtfertigt finden. Die sozialpolitischen Folgen des Krieges haben Robert Schmidt und Rudolf Wissell in den beiden einleitenden Kapiteln behandelt, sie mußten sich aber auf einige allgemeine Andeutungen über diese schwierige Frage beschränken.

Die Autoren haben nicht das Thema allgemein zu behandeln gesucht, sondern jeder hat die Verhältnisse des Industriezweiges, mit dem er durch langjährige praktische Tätigkeit vertraut ist, dargestellt, und tatsächlich bieten viele von den Beiträgen eine Fülle interessanter Mitteilungen. Besonders wissen Hue über Bergwerks- und Hüttenindustrie, Schneider über die chemische, Kahler über die Holz-, Girbig über die keramische, Blum über die Leder-, Kräpzig über die Textilindustrie wertvolle Daten beizubringen und die statistischen Angaben durch anschauliche Darstellung der verschiedenen Zweige ihrer Industrien und ihrer Beziehungen zum Auslande zu beleben.

Diese Frage der Abhängigkeit der Industrien vom Rohstoffbezug und der Ausfuhr der Fertigwaren nach dem Auslande nimmt in den Erörterungen den größten Raum ein und hierüber wird reiches Material von sachkundiger Hand gesammelt. Aber mit der Sammlung und Vorführung des Materials ist es nicht getan; es müssen Folgerungen gezogen, es muß die Frage beantwortet werden, wie Verlauf und Ausgang des Krieges auf die einzelnen Industrien wirken könnten. Infolgedessen konnten sich die Autoren unmöglich an das Programm halten, das ihnen das Vorwort der Schrift mit den Worten vorgezeichnet: „Unabhängig von mehr oder weniger wissenschaftlichen Doktrinen erstreckt sich diese Untersuchung lediglich auf die tatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen.“ Eine solche bloße Feststellung von Tatsachen wird vielleicht nach Beendigung des Krieges möglich sein, wenn sich dessen Folgen überblicken lassen. Allerdings wird sich auch diese ungenügend schwierige und komplizierte Aufgabe ohne theoretisches Rüstzeug nicht bewältigen lassen; heute aber, mitten während der Kriegszeit, ist die Wirkung der Kriegsergebnisse auf die Arbeiterinteressen eben noch keine „Tatsache“, es ist daher auch völlig ausgeschlossen, sich bei ihrer Untersuchung lediglich auf die Wiedergabe von Tatsachen zu beschränken, und in Wirklichkeit tun dies auch die Autoren keineswegs. Im Gegenteil, sie bewegen sich oft in sehr luftigen Höhen theoretischer Abstraktion, freilich meist ohne sich dessen selbst bewußt zu werden; denn es sind nicht ihre eigenen oder von ihnen bewußt durchdachten und geprüften Theorien, sondern Schlagworte der bürgerlichen Presse, bei deren Anwendung die meisten gar nicht mehr wissen, daß es sich hier eben nicht um Tatsachen, sondern um Theorien handelt, und die sie daher unbedenken als richtig hinnehmen.

So sagt z. B. Hue in seiner sonst, wie gesagt, sehr wertvollen Studie gleich anfangs: „Selbstverständlich ist eine Industrie in der Regel am günstigsten gestellt, die ihren Bedarf an Rohstoffen und halbfertigen Materialien im reichlichsten Maße aus dem Inlande decken kann.“ Hier haben wir nicht die bloße Mitteilung von Tatsachen, sondern eine allgemeine Betrachtung, eine „mehr oder weniger wissenschaftliche Doktrin“, die zwar den meisten Leuten heute „selbstverständlich“ erscheint, die es aber keineswegs ist. Weiben wir gleich auf dem Gebiet, in dem Gen. Hue zu Hause ist.

Im Jahre 1887 überstieg die Ausfuhr von Eisenerz aus Deutschland die Einfuhr noch um 708 000 Tonnen; im Jahre 1913 überstieg die Einfuhr bereits die Ausfuhr um 11 Millionen Tonnen. Hat dieser Mehrbedarf an Eisenerz die deutsche Eisenindustrie irgendwie behindert? Keineswegs. Hue weist selbst auf den ungeheuren Aufschwung dieser Industrie gerade in den letzten Jahren hin. Noch deutlicher sprechen die Zahlen, die Hue selbst für Belgien mitteilt. Im Jahre 1900 betrug dort die Erzförderung bloß 248 000, 1913 gar nur mehr 125 000 Tonnen. In denselben Jahren aber stieg die Produktion von Roheisen von einer Million auf fast zweieinhalb, die von Rohstahl von 644 000 Tonnen auf beinahe 2 Millionen. Vergleichen wir damit die Angaben für Schweden. Dort stieg in derselben Zeit die Erzgewinnung von 2,6 auf 7,5 Millionen, die Erzgewinnung von Roheisen und Rohstahl aber nur von 800 000 auf 1 820 000 Tonnen. Natürlich hängt die Entwicklung der Eisenindustrie von vielen Faktoren ab. Einer der wichtigsten ist unstreitig die billige Versorgung mit Erz. Ob dieses aber im eigenen Lande gewonnen wird oder im Auslande, ist ökonomisch ganz gleichgültig. Deutschland bezog aus Frankreich, d. h. vor allem aus französisch-Lothringern, ungeheure Erzmengen: im Jahre 1905 erst 290 000 Tonnen, 1913 schon fast 4 Millionen. Welchen Vorteil hätte die deutsche Eisenindustrie gehabt, wenn diese Eruben zu Deutschland gehörten? Hue zitiert selbst zustimmend den französischen Autor Delaisi, der darauf hinweist, daß der Besitz des erzeichen Departements Meurthe et Moselle für Deutschland „ganz unendlich sei, da unsere Kapitalisten selber ihren deutschen Rivalen durch freiwilligen Verzicht einen großen Teil der (Erz-) Konzessionen überlassen haben“. Es ist so bekannt, in wie außerordentlich starkem Maße deutsches Kapital in französischen Eruben angelegt ist. Auch sind zwischen deutschen und französischen Eisen- und Hüttenwerken feste Vereinbarungen getroffen worden, von denen sich die einen den Bezug von Erz und die anderen dessen Absatz und den Bezug von Kohlen und Koks scherten. Haben sich doch z. B. vor einigen Jahren die Societes de Longwy und die deutsche Firma Köhling-Wöllingen gemeinsame Kapitalbeteiligung an einem neu gegründeten französischen Erzbergbau und an einem deutschen Kohlenbergbau gewährt. Diese Verbindungen könnten wohl nicht inniger sein, auch wenn die Landesgrenze anders läge. Während aber so Frankreich ungeheure Erzmengen nach Deutschland lieferte, bezogen die französischen Erze- und Hüttenwerke ihren Erzbedarf zum großen Teil aus Algerien und Spanien. Ebenso ließ sich z. B. das große österreichische Eisenwerk in Wittowitz große Erzmengen auf dem billigen Böhmerwald aus Schweden und Finnland kommen, während Oesterreich zur selben Zeit große Massen steirischer Eisenerze exportierte. Man sieht, die von Hue vorgetragene Doktrin ist nicht nur nicht selbstverständlich,

sondern auch nicht richtig. Dies festzustellen ist gerade jetzt von größter Wichtigkeit.

Derselbe Nachweis läßt sich mit Bechteligkeit z. B. für die Textilindustrie erbringen. Welchen Vorteil hätte z. B. die russische Textilindustrie davon, daß in Sibirien mit ungeheuren Kosten Baumwollkulturen angelegt wurden? Genosse Kräpzig sagt: „Die gegenwärtigen Verhältnisse hätten gezeigt, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, Bestrebungen zu unterstützen, die zum Ziele haben, die deutsche Textilindustrie mit ihrem Rohstoffbezug von England unabhängig zu machen“, und in diesem Zusammenhang weist er auch auf die Möglichkeit hin, in den deutschen Kolonien die Baumwollkultur zu fördern, „um aus der Gefahr herauszukommen, die der deutschen und österreichisch-ungarischen Textilindustrie jeden Augenblick die Luft abzuschneiden droht“. Diese Behauptung ist überhaupt schlechthin unverständlich. Die „gegenwärtigen Verhältnisse“ haben lediglich gezeigt, daß es England möglich ist, Deutschland während eines Krieges die Zufuhr von Rohstoffen zur See abzuschneiden. Mit der Frage des Baumwollbaues in den deutschen Kolonien hat das gar nichts zu tun. Nehmen wir an, in Ostafrika oder Deutsch-Guinea läpetten Millionen von Baumwollbäumen. Wie will die deutsche Regierung diese während des Krieges nach Deutschland schaffen, wenn dies nicht einmal den amerikanischen Baumwollpflanzern gelingt, die immerhin auf ihre Regierung und dadurch auf die englische einen Druck ausüben vermögen? Und glaubt Genosse Kräpzig, die englischen Baumwollproduzenten würden nach dem Kriege den deutschen Abnehmern teurere Preise berechnen als etwa den französischen oder amerikanischen?

Sicherlich ist es für Deutschland eine schwere Beeinträchtigung, daß England ihm die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohmaterialien in Kriegszeiten absperrt und die Ausfuhr seiner Waren behindert; und es wäre sehr zu begrüßen, wenn es gelänge, der englischen Regierung diese Waffe aus der Hand zu schlagen. Diefem sehr berechtigten Gefühl entspringt die Forderung nach der sogenannten „Freiheit der Meere“, die von sämtlichen Autoren des Buches verfochten wird. Dieses Schlagwort wirkt sicherlich bestechend; aber das überhebt uns nicht der Notwendigkeit, eine klare Vorstellung mit ihm zu verknüpfen. Bevor der jetzige Krieg ausbrach, war England der unbestrittene Herr der Meere. Und doch vermühte niemand die Freiheit der Meere. In Gibraltar, Aden, Singapur, Hongkong usw. landeten zahllose Schiffe aller Nationen, und niemand fürchte es im geringsten, daß diese Häfen besetzte Mächte der Engländer waren. Die „Unfreiheit“ der Meere entstand erst im Kriege. Sie ist nur ein anderer Ausdruck für die Tatsache, daß Englands Kriegsflotte im Kriege die Meere beherrscht, und daß die englische Regierung von dieser Herrschaft rücksichtslosen Gebrauch macht. Das ist gewiß nicht zu billigen. Aber wie sollte das verhindert werden? In die Wirksamkeit völkerrechtlicher Abmachungen wird nach den Erfahrungen dieses Krieges kaum mehr jemand großes Vertrauen setzen. Sieht man aber davon ab, dann würde selbst die Vernichtung der jetzigen englischen Kriegsflotte nicht hinreichen, um das Ziel der „Freiheit der Meere“ zu erreichen. Denn in Friedenszeiten ist ja diese durch die englische Flotte nicht bedroht. Damit sie aber auch in einem möglichen Krieg der Zukunft verbürgt sei, müßte England dauernd verhindert werden, sich eine starke Flotte zu bauen und mit ihrer Hilfe den Vorteil auszunutzen, den ihm seine geographische Lage als Insel der Nordsee gewährt. Will irgendeiner der 16 Gewerkschafter, daß der jetzige Krieg so lange fortgesetzt werde, bis dieses Ziel erreicht ist?

Wenn also das Wort von der „Freiheit der Meere“ überhaupt Sinn haben soll, dann bedeutet es die völlige politische Vernichtung Englands für alle Zeiten, und wer diese Parole ernstlich vertritt, stellt sich damit auf den gleichen Standpunkt wie jene englischen verrückten Feißhporne, die nach einer Vernichtung Deutschlands schreien. Wie auf viele andere Fragen, die das „Kriegsbuch“ nahelegt, kann ich hier auch auf die nicht eingehen, ob und wie weit eine ökonomische Schädigung Deutschlands überhaupt im Interesse des englischen Volkes liegt. Aber wie stellen sich denn diejenigen, die immerfort von der Vernichtung des deutschen Ausfuhrhandels durch England im Gefolge des Krieges sprechen, überhaupt vor, daß dieses Ziel verwirklicht werden kann? Eine Antwort auf diese Frage finde ich nur in dem Aufsatz Kräpzig. Er erwähnt als mögliche Maßnahmen Englands, um „der Industrie und dem Handel Deutschlands die Wettbewerbsmöglichkeit zu nehmen“, die Verlagerung deutscher Waren bei der Einfuhr nach England oder seinen Kolonien mit einem Zoll von 25 Proz. Aber konnte das England nicht ebenso gut schon vor dem Krieg tun und ohne ihn? Ferner solle das Anlaufen deutscher Dampfer und Frachtschiffe in die Häfen Englands und seiner Kolonien gänzlich verboten werden. Diese Maßregel würde England vermutlich mehr schädigen als Deutschland. Der wichtigste Vorschlag ist der, Deutschland solle für eine Reihe von Jahren der Freihandel vertraglich vorgeschrieben werden. Ja, seit wann glaubt denn Genosse Kräpzig, daß dadurch Deutschlands Industrie und Handel die Wettbewerbsmöglichkeit genommen würde? Bis zum Kriege las man es ganz anders. Aber es scheint, daß in Vollfragen verschiedene Gewerkschafter jetzt „umgekehrt“ haben. Daß darunter gerade auch ein Vertreter der Textilindustrie sein sollte, wäre allerdings besonders merkwürdig.

Hier liegt ja überhaupt das entscheidende schwierige Kernproblem für unsere Untersuchungen: Was wollen und was können wir erreichen, und was haben wir zu befürchten? Was bedeutet überhaupt „Sieg“? Im Jahre 1866 besiegte Preußen nach einem Feldzug von wenigen Wochen Oesterreich, wobei dessen Bestehendes durch Preußen nicht geschmälert und ihm nur eine geringfügige Kriegsschädigung auferlegt wurde. Im schweren Kriege von 1870/71 besiegte Deutschland Frankreich. Es nahm ihm reiche Provinzen weg und legte ihm eine schwere Kontribution auf. Im ersten Falle hätte der Krieg vielleicht bis zur Einnahme Wiens fortgesetzt, im letzteren auch etwa nach Sedan beendet werden können. Welcher Sieg war für den Sieger vorteilhafter? Der jetzige Krieg läßt diese Frage in neuem Licht erscheinen.

Die Autoren des vorliegenden Buches haben sich ihr Problem allerdings außerst vereinfacht. „Wenn der Plan des Vierverbundes hielingen sollte“, fragt Genosse Winnig, „wenn das Ende ein deutsches Trümmerfeld wäre, wenn der Friede ein Deutschland sähe, dessen Industrie vernichtet, dessen Außenhandel erdrückt, das in seinem Umfang geschmälert, in seinem Gefüge gelockert und dessen öffentlicher Haushalt mit einer Riesentlast von Kriegsschulden belastet wäre, . . . müßte ein solcher Ausgang nicht auch das gewerkschaftliche Wirken der Arbeiter auf lange Zeit, vielleicht auf mehrere Jahrzehnte lähmen und zur Unfruchtbarkeit verurteilen?“ Und sonderbarerweise fährt er fort: „Wir wollen diese sehr ernsten Fragen nicht vorschnell beantworten, weder bejahen noch verneinen, sondern einer von den Tatsachen ausgehenden Prüfung unterziehen.“

Genosse Winnig erinnert hier einigermaßen an den berühmten Sängeredner Abraham a Sancta Clara, der sich in einer seiner wunderlichen Predigten umständlich bemühte, „von den Tatsachen ausgehend“ nachzuweisen, daß alle Menschen sterben. Glaubte denn Genosse Winnig, daß er außerhalb des Zollbaues einen Menschen finden wird, der die von ihm gestellte Frage verneint? Wertwürdigerweise haben aber fast alle Autoren des Buches sich lediglich bemüht, mit großem Aufwand von Statistik und Enttarnung diese weit offenstehende Tür einzutrennen.

Hühliche Ausnahmen machen hauptsächlich Schneider, dessen Abhandlung über die chemische Industrie sicherlich der wertvollste Teil des Buches ist, und Hue. Besonders der letztere hat sich in ruhiger und sachlicher Weise mit dem wirklichen Problem auseinandergesetzt. „Wir bedürfen“, sagt er, „natürlich als Ausgleich unserer Zahlungsbilanz . . . einer sehr starken Beteiligung am Weltmarkt. Aber wir brauchen zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft keine Herausziehung unserer Reichsgrenzen, die uns erstens auch schon grobindustriell stark durchdringende Gebiete und zweitens die dauernde Feindschaft von Völkern einbringt, mit denen wir unsern härtesten Austauschhandel treiben. Das ungeschminkt auszusprechen, ist die Pflicht eines jeden, dem es nicht um überdes äußerst fragliche Augenblickserfolge, sondern um eine weitwichtige Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands zu tun ist.“

Und an anderer Stelle: „Die Entwicklung unserer Industrie zu einem erstklassigen Exportgewerbe legt es uns aber auch dringend nahe, keinen Friedensvertrag zu schließen, der den ausländischen Markt auf vier weit wie lange Zeit für unseren Warenüberschuß so oder so absperrt, sondern wir brauchen so rasch und so ausgedehnt wie nur eben möglich das Wiederaufleben unseres internationalen Austauschhandels. Was der Friedensvertrag in dieser Hinsicht vorsehen muß, darüber dürfen nicht in maßgebender Weise unsere überaus stark syndizierten Großindustriellen, aber auch nicht die bekannten „Vertreter der Landwirtschaft“ gehört werden. Warum nicht, das lehren unsere zollpolitischen Klumpen hinreichend.“

Wie wohlthuend stehen diese sachlichen Ausführungen von der ewigen Wiederholung der läppischen, weil selbstverständlichen Versicherung ab, daß eine Zertrümmerung Deutschlands und eine Vernichtung seiner Industrie auch die Arbeiterklasse auf schwerste schädige. „Es braucht kein Geist vom Grabe herzukommen, um das zu sagen.“ Die fortwährende Wiederholung dieses Gemeinplazes kann wohl nur den Zweck verfolgen, der sogenannten „Parteinormität“ unterzuschreiben, daß sie diese Wahrheit leugne, daß sie der Vernichtung Deutschlands und seiner Wirtschaft, daß sie der Invasion fremder Heere gleichgültig gegenüberstehe. Sollte es im Anfang des Krieges wirklich einige Wirröpfe gegeben haben, die diesen Standpunkt einnehmen zu sollen glaubten, das Schicksal Galliciens, Ostpreußens, Belgiens, Polens und Serbiens müßte ihnen dessen Unsinntigkeit viel deutlicher gezeigt haben, als es alle Beweisführungen unserer sämtlichen Winnigs vermöchten.

Das Verlangen nach dem Sieg ist in dieser Allgemeinheit ebenso selbstverständlich, aber auch ebenso inhaltlos wie das nach einem Frieden, von dem man nicht angibt, unter welchen Bedingungen er geschlossen werden soll. Dafür, daß diese Fragen keineswegs so einfach sind, wie die Genossen Winnig usw. sie hinstellen, nur ein Beispiel: Bei allen anderen Staaten, die jetzt am Kriege beteiligt sind, kann man darüber streiten, ob sie die freie Wahl hatten, sich in ihn zu stürzen. Die italienische Regierung hat unzweifelhaft dieses Unheil in frecherhafter Leichtfertigkeit über ihr unglückliches Land heraufbeschworen. Nehmen wir nun an, der Krieg zwischen Italien und Oesterreich dauere 1 Jahr, die italienischen Kriegskosten betrügen 20 Milliarden, und der Krieg ende, was ja allerdings nicht wahrscheinlich ist, damit, daß Italien „sieg“ und von Oesterreich fünf Milliarden Kriegsschuldung erhält. Wäre es dann nicht, vom rein finanziellen Standpunkt aus angesehen, für das italienische Volk viel vorteilhafter gewesen, im Mai 1915, statt den Krieg zu beginnen, Oesterreich aus freien Stücken 15 Milliarden zu schenken? Italiens Wirtschaft hätte in diesem Falle bei weitem nicht in dem Maße gelitten wie während des schließlich „siegreichen“ Krieges, daher wäre auch seine Steuerkraft weitlich höher geblieben, vor allem aber hätte es nicht die furchtbaren Menschenopfer gebracht; und die Millionen kräftiger Männer, die heute beschäftigt sind, Werte zu vernichten, hätten solche geschaffen. — Nehmen wir nun weiter an, nach einem halben Kriegsjahre hätte sich für Italien die Möglichkeit ergeben, mit Oesterreich Frieden zu schließen, indem es diesem 5 Milliarden Kriegsschuldung zahlte. So sonderbar dies klingen mag, es ist doch zweifellos, daß auch dieser Friedensschluß, obgleich er als „Niederlage“ bezeichnet würde, für das italienische Volk viel vorteilhafter wäre als die Fortsetzung des Krieges bis zu dem zuerst erwähnten „Sieg“. In allen diesen Fällen betrügen die baren Kosten des Krieges für Italien 15 Milliarden. In dem einen Falle aber hätte es gar keinen Krieg geführt, im zweiten ein halbes, im dritten ein ganzes Jahr lang. Dazu kommt aber noch, daß Italien es im ersten Falle mit einem reichen Nachbarn zu tun gehabt hätte, der für seine landwirtschaftliche und industrielle Produktion ein ausgezeichneter Abnehmer gewesen wäre, im letzten aber mit einem erschöpften, dessen verelendete Bevölkerung viel weniger als Konkurrenz darbot. Dasselbe gilt für die schweren Finanzkrisen in Deutschland 1873 und in Japan 1900/01 anschaulich genug bewiesen haben.

Für die italienische Regierung und die ganze Chauvinistenbande, die das Land ins Unglück gebracht hat, liegt die Situation allerdings ganz anders. Würden diese nach einem halben Kriegsjahre sich zum Friedensschluß und zur Zahlung einer Kriegsschuldung bereit erklären, dann wäre es zwar unter den hier angenommenen Voraussetzungen für das Volk verhältnismäßig noch ein Glück; aber die herrschende Clique hätte ausgespielt. Wird hingegen der Krieg bis zum „Sieg“ fortgesetzt, so bedeutet das zwar für das Volk den Ruin, aber vielleicht jubelt es dann doch seinem „Flegelkronen“ Herrscher zu.

Sicherlich ist die Erschöpfung eines Landes infolge eines schweren Krieges für seine gesamte Bevölkerung, besonders aber für seine Arbeiterklasse ein furchtbares Unglück. Es ist aber eine kindliche Vorstellung, daß diese Erschöpfung nur durch eine Niederlage und Zahlung einer Kriegsschuldung herbeigeführt werden kann, oder daß ein Sieg sofort zu einer Prosperität führen müsse. Wenn die Dinge so einfach lägen, dann bedürfte die Volkswirtschaftslehre allerdings keiner „mehr oder weniger wissenschaftlichen Doktrinen“, dann wäre es überflüssig, Wirtschaftsgeschichte und Statistik zu studieren und sich mit theoretischen Problemen zu befassen. Leider ist das aber nicht der Fall, und gerade die Wirtschaftsgeschichte der Kriege liebt es anders auszufallen, als der „Mann der Praxis“ es gewöhnlich vermutet. Kam es nicht etwas unerwartet, daß die Textilindustrie Sachsens und Schlesiens an den Folgen der Einderleibung Elsaß-Lothringens in Deutschland fast zugrunde ging, oder daß die Volkswirtschaft Spaniens nach der Niederlage im Kriege gegen die Vereinigten Staaten auflaute und erst wieder in Stumpfheit verfiel, als sich die Regierung in das Marokkoabenteuer stürzte?

Die Fragen der ökonomischen Wirkungen eines Krieges und der handelspolitischen und sonstigen wirtschaftlichen Forderungen, die jede einzelne Klasse beim Friedensschluß zu stellen und zu vertreten hat, gehören zu den schwierigsten und kompliziertesten der Wissenschaft. Hätte es noch einen Beweis bedurft, daß man zu einem begründeten und ernst zu nehmenden Urteil über die Probleme der ökonomischen Kriegswirkungen nur kommen kann, wenn man diese Probleme eingehend studiert, wenn man der Wirtschaftsgeschichte früherer Kriege nachgeht und die Gesetze erforscht, auf denen unser heutiges Wirtschaftsleben beruht. Das „gewerkschaftliche Kriegsbuch“ hätte diesen Nachweis erbracht, und zwar nicht nur negativ, sondern auch positiv; denn dem vorrichtigen Urteil von Mitarbeitern wie Hue und besonders Schneider sieht man an, daß sich diese Autoren auch theoretisch mit der Materie vertraut gemacht haben, über die sie schreiben. Dies gilt auch von dem Schlußwort des Herausgebers.

Genosse Jansson sagt dort in ein paar Worten die so dürftigen Ergebnisse der theoretischen Untersuchungen seiner Mitarbeiter flüchtig zusammen. Damit verbindet er eine Polemik gegen die böse Parteinüchtheit, und er befolgt dabei getreulich die Methode, die bei den Davidbündlern heute schon einmal eingebürgert ist. Im wesentlichen aber enthält dieses Kapitel die Empfehlung eines mitteleuropäischen Zollverbundes. Manchem von dem, was Genosse Jansson in diesem Zusammenhang sagt, kann man gewiß zustimmen, aber anderes ließe sich diskutieren, jedenfalls aber weit er doch, um was es sich in der ganzen Sache handelt. Befremdend erscheint es allerdings, daß er einer Aufschaltung des partikularistischen Interesses „eventuell durch das staatliche Nachwort“ das Wort redet. Diese Auffassung könnte leicht in bedenklichen Stimm verstanden werden. Jedenfalls stehen aber seine handelspolitischen Darlegungen sowie die von Schneider und Hue weit über dem Durchschnitt dieses Buches. Es ist zu bedauern, daß eine Reihe ernter Männer, die über gründliches Wissen in ihrem Fach verfügen, sich auf ein Gebiet verladen ließen, auf dem sie nicht zu Hause sind und wo sie daher nicht ihre Stärke zeigen konnten, sondern nur ihre Schwächen. Hätten sie sich wirklich auf die Wiedergabe von Tatsachen beschränkt, wie es das Vorwort ankündigt, das Buch wäre, wie die Proben zeigen, ein wertvolles Nachschlagewerk geworden. Die Illusion, daß man die schwierigsten Fragen der Wissenschaft ohne theoretisches Rüstzeug bloß nach den persönlichen Erfahrungen gewerkschaftlicher Praxis beurteilen könne, hat einen mißglückten Versuch aus ihm gemacht.



Ein Kultur-Dokument.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht unter dem Titel „Eine bürgerliche Ansprache“ einen gedruckten „Brief“ des konservativen Reichstagsabgeordneten Landrat a. D. von Bonin an seine Wähler und bemerkt dazu:

„Der Erlaß des Ministers v. Loebell, der den Bürgerfrieden für geeignet hielt, künftige Wahlen durch Beeinflussung der Kreisblätter vorzubereiten, beginnt Schule zu machen. Der Landrat a. D. v. Bonin, Rittergutsbesitzer und Vertreter des Neustettiner Wahlkreises im Reichstag, richtet an seine Wähler eine gedruckte Ansprache, deren Gegenstand fast ausschließlich der künftige Kampf gegen den „inneren Feind“ ist. Er behauptet, „die konservative Presse ist durch die Zensurbehörde mundtot gemacht“, deshalb bleibe nur der Weg eines Briefes an die Wähler übrig, um mit ihnen „in einer gewissen Verbindung“ zu bleiben. Die Kritik, die Herr v. Bonin an der auswärtigen Politik der Regierung, namentlich gegenüber Amerika, übt, glauben wir übergehen zu sollen. Er faßt sich hier kurz, wenn auch kräftig. Um so ausführlicher begründet er sein unbegrenztes Mißtrauen gegen die „Neuorientierung“ der inneren Politik:

„Wenn man aber die Politik unserer Reichsregierung seit Jahrzehnten verfolgt hat und ungefähr weiß, welche Anschauungen und Einflüsse in den maßgebenden Kreisen herrschen, so kann man leider kaum im Zweifel darüber sein, daß diese Neuorientierung in der Richtung einer noch größeren Demokratisierung unserer öffentlichen Zustände geplant ist.“

Das ist das Leitmotiv, und danach geht es zunächst an die „kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung“:

„Da ist zunächst die unterschiedliche Behandlung der Tagespresse: während die konservativen Zeitungen mundtot gemacht sind, heben der „Vorwärts“ und andere Zudenblätter ziemlich ungeniert gegen uns konservativ und die Landwirtschaft weiter... Der erste Fehler, der gemacht wurde, bestand meines Erachtens darin, daß für das Rohprodukt (Brot) ein Höchstpreis festgesetzt wurde, anstatt für das Fertigerzeugnis (Brot), an dessen Preis die Verbraucher doch alleine ein Interesse haben. Die Folge davon ist, daß das Brot in den Großstädten und Industriezentren fast doppelt so teuer ist, als es nach den Kornpreisen sein dürfte, und daß die Großmühlen durch die Fürsorge der R.-G. Millionen über Millionen verdienen. Und darüber werden die konservativen Landwirte des Brotwuchers und anderer Scheußlichkeiten beschuldigt! Ich fürchte, der Bundesrat wird an seiner gegenwärtigen Kartoffelpolitik auch wenig Freude erleben — es ist nicht so leicht, den Zukunftsstaat einzuführen! Als letztes, aber nicht unwichtiges, möchte ich in diesem Zusammenhange hinweisen auf die Haltung der demokratischen Presse und Abgeordneten, die auch ein gutes Teil Schuld an der Teuerung trifft. Es wiederholt sich hier genau derselbe Vorgang wie bei der Reichsfinanzreform. Wir haben damals für gewisse Waren, wie Streichhölzer, Zigarren u. a. m. Preissteigerungen erlebt, die in den geringfügigen Steuerbelastungen gar keine Rechtfertigung finden konnten, vielmehr nur eine Folge des verlogenen Gezetters im Reichstage und in der liberalen Presse waren. Wenn der Inhaber irgendeiner Ware täglich in der Zeitung liest, daß die Ware knapp und teuer ist, und noch teurer werden wird, so läßt er sich das nicht zweimal gesagt sein.“

Der alte Haden, daß es keine Uebelstände geben würde, wenn es keine Kritik gäbe, wird noch eine Weile weitergesponnen, dann kommt ein anderes Thema an die Reihe:

„Im übrigen werden aber auch die Herren Asphaltpolitiker sich noch mehr mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß Krieg ist, und daß sie ihr gewohntes Leben nicht gemächlich weiterführen können.“

Die Sozialdemokraten sind regierungsfähig geworden und ziehen ungehindert in alle möglichen Behörden ein. In der letzten kurzen Tagung des Reichstages hatte die Regierung nichts Eiligeres zu tun, als eine Abänderung des Vereinsgesetzes durchzuführen, die den sozialdemokratischen Gewerkschaften schrankenlose Freiheit gewährt. Wohin soll das alles führen? Soll nach dem Kriege der Zukunftsstaat mit jüdischer Spitze ausgerichtet werden? Es wird sehr großer Anstrengungen von unserer Seite bedürfen, um eine solche Entwicklung zu verhindern, und in gesunder Bahnen zurückzuleiten, was schon verfehlt ist. Den damit verbundenen schweren Kämpfen werden wir nicht aus dem Wege gehen dürfen.

Ich habe den Eindruck, daß die Reichsregierung sich durch die gegenwärtige Haltung der Sozialdemokratie und des Judentums täuschen läßt. Sie scheint diesen Mächten es als ein Verdienst anzurechnen und als ein Beweis von Gesinnungsänderung zu betrachten, daß sie die Milliarden bewilligt haben und im Kriege anscheinend ihre Schuldbüchse tun. Das ist aber doch so selbstverständlich und liegt so sehr in ihrem eigenen Interesse, daß ich darin kein Verdienst erblicken kann. Die sozialdemokratischen Führer wissen doch ganz genau, daß ihnen die Wähler zu Hunderttausenden weglaufen würden, wenn sie jetzt eine andere Haltung einnehmen wollten. Die wirklichen Anschauungen der Sozialdemokratie kommen zum Ausdruck in der unveränderten Heße des „Vorwärts“ und anderer sozialdemokratischer Blätter, und in der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage nach wie vor in das übliche Hoch auf Seine Majestät den Kaiser nicht einstimmen — nicht einmal der Offiziersstellvertreter Dr. Südekum in Uniform! Wenn die Herren sich nicht einmal zu dieser rein äußerlichen Huldigung entschließen können, so läßt das ihre innerliche Stellung zur Monarchie und zu der Person des Kaisers deutlich erkennen. Wer die heutige Haltung der Sozialdemokratie für etwas anderes hält als ein Produkt aus Angst und Neugier, den beneide ich um seinen Optimismus.“

Im Anschluß an jene unverantwortlichen Anklagen wider Volkstreue, die im Schützengraben und daheim ihre Pflicht tun wie konservative Wähler auch, folgt dann sogleich der Aufruf zum Kampf wider den inneren Feind:

„Ich bin meinerseits der Ansicht, daß die Neuorientierung unserer Politik in der entgegengegesetzten Richtung zu suchen ist. Vor allem in einer viel bestimmteren und konsequenter durchgeführten Verdrängung nationaler Gesichtspunkte, wozu der durch den Krieg herbeigeführte nationale Aufschwung nicht nur eine wohl nie wiederkehrende Gelegenheit und Veranlassung bietet, sondern der Regierung geradezu die Pflicht dazu auferlegt. Hiermit haben eben die Sozialdemokratie und die Judenpartei nichts zu tun. Wenn unser Volkleben innerlich gesund sein soll, unser Volk aus dem Kriege nicht bloß einen Gewinn an Land und Leuten heimbringen, sondern auch eine religiöse und sittliche Erneuerung der Volkseele, einen neuen Ausgangspunkt politischer Entwicklung, dann müssen diese beiden Mächte für

unsere künftige Politik unschädlich gemacht werden.“

Herr v. Bonin hat selbst die Empfindung, daß er seinen Brief unmöglich schließen könne, ohne auch über die preussische Wahlreform ein kräftiges Wort gesagt zu haben:

„Nur auf einen Punkt muß ich aber noch eingehen; er betrifft die Frage des preussischen Wahlrechts — eine der traurigsten Hinterlassenschaften der Bismarckschen Miswirtschaft.“

Die Sozial- und andere Demokraten schämen sich nicht, für ihre Pflichterfüllung während des gegenwärtigen Krieges eine Belohnung, und als solche eine Reform des preussischen Wahlrechts, zu fordern. Ich bin mir im Hinblick auf andere Vorkommnisse nicht ganz sicher, ob die Staatsregierung Festigkeit und Entschlossenheit genug besitzt, ein solches Ansinnen zurückzuweisen, weiß mich aber mit allen konservativen Männern im Kreise und über die konservative Partei hinaus mit vielen preussischen Patrioten darin einig, daß hier von nun und nimmer die Rede sein kann. Das preussische Volk hängt mit Liebe und Vertrauen an seinem bewährten Wahlrecht, und die Demokraten aller Schattierungen haben nicht das Recht, namens des preussischen Volkes zu sprechen.“

Mit soviel Liebe und Vertrauen hängt das preussische Volk an seinem Wahlrecht, daß es zu achtzig und mehr Prozent meistens gar nicht mehr wählen geht! Den Schluß des Briefes macht ein Ausblick auf die künftige Finanzpolitik. Herr v. Bonin erklärt, der Weg zu Reichseisenbahnen gehe „nur über seine Leiche“ und stellt dann den Grundgedanken einer neuen Sozialpolitik auf:

„So sehr sich unser System des Schutzes der nationalen Arbeit auch bewährt hat, so glaube ich doch nicht, daß die Linke das anerkennen und die Konsequenzen daraus ziehen wird. Zahlreiche Äußerungen in ihrer Presse lassen vielmehr schon jetzt erkennen, daß sie nach wie vor namentlich gegen die landwirtschaftliche Stille Sturmlinien laufen werden, der fanatische Haß, der den größten Teil des deutschen Liberalismus, abweichend von dem anderer Länder, gegen die Landwirtschaft befeuert, birgt dafür. Einer gewissen Revision werden unsere Sozialisten freilich bedürfen, aber in anderer Richtung. Ich meine, wir müssen einen Ausgleich, eine gerechtere Abmessung der landwirtschaftlichen und der industriellen Stille unter sich anstreben. Die letzteren sind verhältnismäßig viel höher als die ersteren und schädigen dadurch indirekt die Landwirtschaft, indem sie der letzteren Kapitalien und Arbeitskräfte künstlich entziehen... Eine solche treibhausartige Entwicklung der Industrie, wie wir sie erleben, birgt doch auch große Gefahren in wirtschaftlicher und politischer Beziehung in sich. Wenn die Verindustrialisierung des Reiches in dem Tempo weiter fortgeschritten wie bisher, können die gefährlichen Krisen und Rückschläge gar nicht ausbleiben. Bei der Neuregelung unseres Zolltarifes lege ich weniger Wert auf die absolute Höhe der Zollsätze als auf einen billigen, gerechten Ausgleich zwischen den großen Produktionsgebieten — sei es durch eine Ermäßigung der industriellen Zölle oder eine Erhöhung der landwirtschaftlichen, wir werden hierauf um so mehr dringen müssen, als die Landwirtschaft nach dem Kriege ja in eine außerordentlich schwierige Lage geraten wird.“

Wir stimmen den Schlußsätzen des „Berliner Tageblatts“ völlig zu, in denen es heißt: „Wir verzichten angeichts all dieser Offenherzigkeiten auf jedes weitere Wort der Kritik. Wir halten es für geradezu verdienstvoll, daß Herr v. Bonin den Stimmungen und Wünschen, die ihn und gesinnungsbekundete Kreise beherrschen, einmal so ungeschminkt Ausdruck gegeben hat, und zwar zu einer Zeit, wo der Reichstag versammelt ist. Der kann doch, um mit dem Reichstagsabgeordneten für Köln 5 zu reden, „von der Zensurbehörde nicht mundtot gemacht werden“.

Aus Groß-Berlin. Krieg und Schuljugend.

Wie vorsichtig man in der Beurteilung des Einflusses des Krieges auf die verschiedensten Gebiete sein und wie sehr man sich vor übereilten Schlußfolgerungen hüten muß, dafür ist charakteristisch ein Vorgang, der sich in Charlottenburg abgespielt hat, der aber darüber hinaus für ganz Deutschland Interesse haben dürfte. Uebereinstimmend hatten die Stadärzte in ihren letzten Berichten hervorgehoben, daß auch während des Krieges die hygienischen Lebensbedingungen und die gesundheitlichen Zustände durchaus günstige gewesen seien, und auch die Verwallung hatte daraus den Schluß gezogen, daß trotz der gewaltigen Umwälzungen, die der Krieg in der Lebensweise des einzelnen wie der Gesamtbevölkerung mit sich gebracht habe, die Gesundheitsverhältnisse nicht ungünstig beeinflusst worden seien. Nunmehr veröffentlicht ein Charlottenburger Schularzt, Dr. Kettner, in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ einen lesenswerten Artikel über das erste Kriegsjahr und die großstädtischen Volksschulkinder, worin er zu wesentlich anderen Ergebnissen kommt. Herr Dr. Kettner gibt offen zu, daß die Annahme, daß eine sichtbare Beeinflussung der Volksschüler durch den Krieg nicht zu beobachten gewesen sei, nicht zutrifft. Soweit es sich um erwachsene Personen handle, habe sich schon um die Mitte des ersten Kriegsjahres nachweisen lassen können, daß die körperlich schwer arbeitenden Bevölkerungsschichten nicht genügend ernährt werden — ein Umstand, der bekanntlich den Anlaß zur Ausgabe von Zusatzkarten für Brot und Mehl ergeben hat. Ebenso wichtig, bisher aber nicht genügend beachtet, ist die Frage, ob nicht etwa auch die Kinder von der durch den Krieg unzweifelhaft hervorgerufenen ungünstigen Lage beeinflusst werden. Diese Frage ist nach Dr. Kettner um so wichtiger, als es sich bei unserer heranwachsenden Jugend im Gegensatz zu den Erwachsenen, von denen nur ein, wenn auch nicht unbeträchtlicher Teil betroffen wird, um ganz andere Zahlenmassen handelt, denn sie alle brauchen und verbrauchen zum Aufbau und zur Entwicklung ihres Körpers weit größerer Energiemengen, als sie der körperlich schwer arbeitende Erwachsene zur Erhaltung seines Körperbestandes benötigt. Naturgemäß werden, wie bei den Erwachsenen, so auch unter den Kindern diejenigen am ehesten schädigenden Einflüssen zugänglich sein, die unseren arbeitenden Bevölkerungsschichten angehören, da deren Entwicklung durch Verschlechterung der sozialen Lage ihrer Eltern doppelt gefährdet erscheint.

Dr. Kettner, dessen Aufsicht ein Bezirk mit etwa 5000 Kindern vom zartesten Säuglingsalter bis zum vollendeten 14. Lebensjahre unterstellt ist und der an einer Stelle wirkt,

wo Großstadt und Industrie sich die Hand reichen, und wo die verschiedenen Zweige der Jugendfürsorge zusammengeschlossen sind, stellt nun auf Grund seiner Beobachtungen folgendes über die Einwirkung des ersten Kriegsjahres auf die großstädtischen Arbeiterkinder fest:

Die in der Fürsorgestelle vorgestellten Säuglinge und Kleinkinder in dem sogenannten Spielalter haben unter der Ungunst der Verhältnisse bedeutend weniger gelitten als zu Beginn des Krieges befürchtet wurde. In vermehrter Anzahl sind eigentlich nur zwei Krankheitsbilder beobachtet worden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg zu bringen sind, einmal die sogenannte englische Krankheit, die er als eine Folge der verschlechterten häuslichen Verhältnisse ansieht, und zweitens Krämpfe, worin er den Ausdruck der nervösen Beeinflussung der jungen Mütter während der Schwangerschaft erblickt, soweit diese nach Ausbruch des Krieges eintrat. Dagegen hat er trotz des wechselläufigen und teilweise recht heißen Wetters Erkrankungen an Magenkatarrhen nur selten, Todesfälle daran überhaupt nicht beobachtet. Für die Säuglinge erklärt er sich dies günstige Ergebnis aus den bundesrätlichen Bestimmungen über die Wochenhilfe, indirekt auch aus dem Geburtenrückgang und daraus, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kriegerfrauen mit ihren Kindern aufs Land zog, für die Kleinkinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre aus der gerade in Arbeiterkreisen zutage tretenden, oft rührenden Uneigennützigkeit der Eltern, die lieber selbst oft bittere Not leiden, als daß sie ihren Kindern auch nur die geringsten Entbehrungen materieller Natur zumuten würden.

Ein wesentlich anderes Bild zeigt sich im Schulalter, wo die Kinder während eines großen Teils des Tages der elterlichen Gewalt entzogen sind. Auf die körperliche Entwicklung der Schulkinder hat schon das erste Kriegsjahr einen deutlichen Einfluß ausgeübt, und zwar ist sowohl die Gewichtszunahme als auch das Längenwachstum bei Knaben und Mädchen im Kriegsjahre 1915 hinter den vorausgegangenen Friedensjahre zurückgeblieben. Zunächst allerdings verneint Dr. Kettner die Frage, ob die Schulkinder bereits direkt geschädigt sind; ob aber dieser noch nicht ungünstig zu nennende Zustand bei längerer Dauer des Krieges anhalten wird, erscheint ihm zweifelhaft. Jedenfalls dürfte der Umstand, daß von 33 Schulkinder einer Klasse im Alter von zehn Jahren innerhalb eines Zeitraums von fünf Monaten 2 Gewichtsstillstand, 26 Abnahme bis zu 2 Kilogramm und nur 5 eine Gewichtszunahme aufwiesen, die aber auch bedeutend hinter den Mittelwerten der Friedensjahre zurückgeblieben, zu ernststen Befürchtungen Anlaß geben und die schleunigste Inangriffnahme vorbeugender Maßnahmen erforderlich machen. Will man eine schwere Schädigung unserer heranwachsenden Schuljugend sowohl an sich als auch als Trägerin kommender Generationen vermeiden, dann sollte man dafür, daß sie ausreichend ernährt werde.

Es wäre wünschenswert, wenn überall Untersuchungen nach der gleichen Richtung angestellt würden. Aber dabei allein darf es nicht bleiben. Gemeindeverwaltungen und Regierungen müssen auch die entsprechenden Schlußfolgerungen daraus ziehen.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Kurse des Lehrplans für das 4. Vierteljahr 1915 gehen in dieser Woche zu Ende. Bis zum Beginn des Unterrichts im nächsten Vierteljahr ist daher die Bibliothek der Schule nur Sonntags abends von 8—9 Uhr geöffnet.

Der Verkauf des ausländischen Schweinefleisches.

Durch preussische Ausführungsanweisung ist bekanntlich der Verkauf von ausländischem Schweinefleisch, Schweinefett und ausländischen Schweinefleischwaren von der Genehmigung des Gemeindevorstandes abhängig, falls der Verkauf zu höheren Preisen als zu den für das Inland festgesetzten Preisen stattfinden soll. Der Magistrat hat nunmehr unter dem Datum des gestrigen Tages eine Bekanntmachung des Inhalts erlassen, daß er diese Genehmigung unter bestimmten Bedingungen erteilen will.

Die vornehmlichsten Bedingungen sind, daß neben den ausländischen Waren inländische in der gleichen Geschäftsstelle nicht aufbewahrt und feilgehalten werden dürfen, daß die Geschäftsstellen als Verkaufsstellen für ausländisches Fleisch kenntlich gemacht und die Preise an einer für jeden Käufer erkennbaren Stelle deutlich lesbar angeschlagen werden müssen. Außerdem muß sich der Geschäftsinhaber, der mit Auslandsware handelt, strengen Kontrollvorschriften, insbesondere hinsichtlich der Nachführung, unterwerfen. Zuwiderhandlungen sind mit hohen Strafen bedroht. Von einer Preisfestsetzung für die ausländischen Waren ist vorläufig abgesehen; es wird jedoch in der Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß derjenige, der für die Waren Preise fordert, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, strenger Bestrafung sich aussetzt.

Die Verordnung tritt bereits heute am 15. Dezember in Kraft.

Die Höchstpreise für Schweinefleisch. Aus unserem Leserkreise kommen Anfragen, warum für Kaffee 1,60 M. gefordert wird, da der Höchstpreis für Schweinefleisch nur 1,40 M. beträgt. Nach den getroffenen Bestimmungen ist der Höchstpreis nur für frisches Schweinefleisch festgesetzt, für geräucherter oder gepökeltes Fleisch sind höhere Preise zugelassen.

Die Fahrpreisermäßigung für Angehörige von Kriegsteilnehmern in Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Für die Fahrpreisermäßigung für Angehörige deutscher, österreichischer und ungarischer Kriegsteilnehmer treten am 15. Dezember einheitliche Bestimmungen in den Binnverkehr der einzelnen Bahnen in Kraft. In Oesterreich und Ungarn ist die Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung abhängig von der Vorbringung einer Bestätigung des Lazarets über die Erkrankung, Verwundung oder das Ableben des Kriegsteilnehmers, sowie darüber, daß dem Besuch nichts entgegensteht. Auf dieser Bestätigung muß von der Polizeibehörde des Wohnortes des Angehörigen eine Bescheinigung über folgende Angaben enthalten sein: Name des Reisenden und verwandtschaftliches Verhältnis zum Kriegsteilnehmer, Reiseweg, Aufgangs- und Endstation der Reise und Reisezeit. Ausgestellt werden diese Bestätigungen in Oesterreich durch die polizeiliche Bezirks- oder die Landesfürsorge, in Ungarn vom Oberstaatsanwalt der Polizei- oder politischen Kreisbehörde. Eine durchgehende Abfertigung nach österreichischen und ungarischen Stationen ist nicht zulässig. Der halbe Fahrpreis wird auf den österreichischen Bahnen gewährt für Eltern, Kinder, Ge-

**Schrotter, Ehefrau und Verlobte in der II. und III. Wagenklasse für Personen- oder Schnellzüge, auf den ungarischen Bahnen für Eltern, Kinder, Geschwister und Ehefrau in der III. Klasse nur zum Besuch.** Auf deutschen Bahnen erhalten die Ermäßigung auch Adoptiveltern und Adoptivkinder in unbefränktem Umfang. Großeltern, Enkelkinder, Schwieger- und Pflegeter, auch Stiefeltern sowie Geschwister der Ehefrau des Kriegsteilnehmers dann, wenn sie die nächsten Angehörigen vertreten, weil diese nicht mehr leben oder nicht reisefähig sind. Dies muß polizeilich bescheinigt werden. Zulässig ist auch die II. Klasse. Vorzulegen ist eine ortspolizeiliche Bescheinigung. Ueberall muß die Entfernung mindestens 50 Kilometer betragen.

### Doppelselbstmord eines Schwesternpaares.

In der Nacht zum Dienstag haben zwei in der Glinzelsstraße in Wilmersdorf wohnende Porträtmalerinnen, zwei Schwestern im Alter von 37 und 41 Jahren, ihrem Leben durch Einatmung von Gas ein Ende gemacht. Der Grund ist unbekannt. Vorher hatten sie verschiedene Briefe geschrieben, an die Polizei sowie an einige Tageszeitungen. In einem auch an unsere Redaktion gerichteten Briefe teilten sie mit, daß sie in der letzten Nacht den Freitod gesucht hätten und baten darum, ihre Namen in Rücksicht auf ihre Familie nicht zu nennen. Diesem letzten Wunsche kommen wir hiermit nach.

**Zu der Missetat in Neukölln** erfahren wir, daß das Befinden des Grobvisors Große leidlich ist. Die Ärzte hoffen, ihn am Leben erhalten zu können, wenn nicht unvorhergesehene Zufälle eintreten. Der verhaftete Andresen, der gestern von der Neuköllner Kriminalpolizei noch einmal verhört wurde, um dann dem Untersuchungsrichter zugeführt zu werden, zeigt keine Spur von Reue. Er ist ganz ruhig und erklärt, daß er mit seiner Tat sehr zufrieden war. Andresen leidet an der Wahnvorstellung, daß ihn die Juden verfolgen und daß jüdische Ärzte ihn falsch behandelt und ihm eine Geschlechtskrankheit angebracht hätten. Diese Vorstellung hat in ihm einen Haß auf alle Juden erzeugt. So kam er auch dazu, Große aus dem Wege räumen zu wollen, weil er ihn irtümlich für einen Juden hielt.

Bestimmungen wurde gestern morgen der Durchbrenner aus Rauen, der 18 Jahre alte Maschinenarbeiter Eberhard Drilch, der der Wehrverteilung in Rauen 28 000 M. unterschlug, die er auf der Post einzahlen sollte. Drilch fuhr, wie wir schon mitteilten, am Sonnabend mit einem Vorortzuge nach Berlin. Die hiesige Kriminalpolizei ermittelte am nächsten Morgen, daß er die Nacht über unter dem Namen Erich Schlutius in einem Gasthause in der Gegend des Anhalter Bahnhofes gewohnt hatte. Einen neuen Leberkotter zur Vergütung seiner wenigen Habseligkeiten hatte er gleich nach der Ankunft in Berlin gekauft. Weil er aus Gotha stammt und in Erfurt Verwandte hat, so vermutete die Kriminalpolizei, daß er zunächst jene Gegend aufsuchen werde. Sie setzte alsbald alle Behörden, die in Betracht kamen, in Kenntnis, und so gelang es der Erfurter Kriminalpolizei, den flüchtigen gestern morgen in der Nähe von Erfurt zu ermitteln und festzunehmen. Er wurde dann dem zuständigen Amtsgericht Liebenstein zugeführt. Bei ihm fand man noch 27 800 M. Der Verhaftete hatte noch keine Gelegenheit gehabt, sich neue Sachen zu kaufen und trug noch die Kleidung, in der er Rauen verlassen hatte. Den falschen Namen Erich Schlutius hatte er gewählt, weil ein anderer junger Mann, mit dem er in Rauen an einem Tische arbeitete, so heißt.

Aus dem Wasser gezogen wurden gestern die Leichen zweier Männer, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. An der Charlottenburger Schleuse fand man einen Mann von 60 bis 70 Jahren mit grauem Haar und Vollbart. An der Sidingenbrücke landete man einen besser gekleideten Mann im Alter von 35 bis 45 Jahren mit vollem Gesicht, hoher Stirn und dunklem, etwas graugrünlichem Haar und starkem Schnurrbart. Beide Leichen trugen Bruchbänder.

**Kleine Nachrichten.** In geistiger Umnachtung hat der 44 Jahre alte Schuhmacher Hermann Danke aus der Marienburger Str. 2 seinem Leben ein Ende gemacht, indem er sich in seiner Ladenwohnung gestern mit Gas vergiftete.

## Aus den Gemeinden.

### Kommunal-Schuhmacherverkstatt in Lantwisch.

Um den geradezu unhaltbar gewordenen Zuständen auf dem Lebermarkt zu begegnen, die es in erster Reihe der minderbemittelten Bevölkerung äußerst schwierig machen, sich mit dem nötigen Schuhzeug zu versehen, hat die Gemeinde Lantwisch eine durchaus nachschwendwerte Einrichtung getroffen. Sie ist dazu übergegangen, eine Schuhmacherverkstatt für hilfsbedürftige Kriegerväter einzurichten. Dort werden Frauenstühle für 2 Paar mit Sohlen und Abjagen von gutem Leder versehen. Für Schuhe größerer Kinder werden 1,50 Mark und für Schuhe kleinerer Kinder 1 Mark verlangt. Die zu reparierenden Schuhe werden bei der Kriegsfürsorgeabteilung der Gemeinde abgegeben.

Es wäre durchaus wünschenswert, wenn auch andere Gemeinden diesem Beispiele folgen würden. Auch im Gemeindeinteresse dürfte eine solche Fürsorge liegen, da schließlich doch in letzter Linie die Kosten der durch mangelhaftes Schuhzeug hervorgerufenen Erkrankungen bei hilfsbedürftigen Einwohnern die Gemeinden übernehmen müssen. Sie wirken also nur vorzorgend, wenn sie dem Beispiel von Lantwisch folgen.

### Kriegsfürsorge in Stralau.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, ein zweites Darlehen in Höhe von 60 000 M. für Kriegswohlfahrtszwecke aufzunehmen; dem Gemeindevorstand werden hiervon zum Ankauf von Lebensmitteln 10 000 M. überwiesen. Ein Antrag der Berliner Ostbahnen auf Zustimmung der Gemeinde zu einer bedeutigen Fahrpreiserhöhung auf den der Gesellschaft gehörenden Bahnen wurde abgelehnt. — Die Bewilligung eines Beitrages für das Alt-Stralau 21 zu errichtende Kriegsgemeinschaft wurde ausgelehnt. — Die Wählerlisten für 1916 sollen nach den für 1915 maßgebenden Steuerlisten neu aufgestellt werden. — Dem zum Heere einberufenen Mannschaften und Unteroffizieren wird, sofern ihre Angehörigen Reichs- und Kreisunterstützung erhalten, vom 15. Dez. ab vom 4. Tage bis zu 14 Tagen ein Verpflegungszuschuß von 1 M. pro Tag gezahlt; für Erholungsurlaubler jedoch nur dann, wenn ihnen keine Extra-Unterstützung gezahlt wird.

### Städtischer Lebensmittelverkauf nur an Ortsangehörige.

Der Magistrat der Stadt Wilmersdorf hat eine Verordnung erlassen, die am heutigen Tage in Kraft tritt, wonach der Verkauf der vom Magistrat beschafften Waren nur noch an dortige Einwohner zulässig ist. Die Verbraucher müssen bei der Entnahme von Waren in den städtischen Verkaufsstellen oder in den städtischen Läden unterstehenden Geschäften jedesmal die für die betreffende Woche ausgestellte Brotkarte vorzeigen.

### Ausdehnung des Speckverkaufs in Neukölln.

Der von der Stadtverwaltung beschaffte Speck wird von jetzt ab auch in der städtischen Freibank, Kirchhoffstr. 20, an sämtliche Neuköllner Einwohner (bis her nur an Minderbemittelte) verkauft. Im Hause Steinmeyerstr. 46/47 wird heute eine neue Verkaufsstelle für fetten und mageren Speck eröffnet. Verkaufszeit: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 9—12 Uhr und 4 bis

7 Uhr. Preis: 2,20 M. für fetten und 2 M. je Pfund für mageren Speck.

### Fettkarten in Eichwalde.

Der Gemeindevorstand von Eichwalde hat beschlossen, vom 15. Dezember ab den freien Verkauf von Butter, Schmalz, Margarine und dergl. zu verbieten und die Abgabe dieser Artikel nur gegen Vorzeigung von Fettkarten zuzulassen. Die Fettkarten werden auf dem Rathaus ausgegeben. Die Abgabe und Entnahme von Fett ohne Fettkarten soll nach den geltenden Bestimmungen bestraft werden.

## Gerichtszeitung.

### Selbstmord im Untersuchungsgefängnis.

Auf ungewöhnliche Art hat ein im Untersuchungsgefängnis sitzender Kaufmann L o r b e r sein Leben ein Ende gemacht. L., ein noch junger Mann, ist am 16. November von der I. Strafkammer des Landgerichts I wegen Beihilfe zum Verbrechen gegen § 218 St.-G.-B. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Zur Verbüßung der Strafe sollte er nun in das Gefängnis zu Regel übergeführt werden. Unmittelbar vor dem Abtransport eilte er in einem unbewachten Augenblick zum vierten Stockwerk des Untersuchungsgefängnisses empor und stürzte sich von hier aus auf dem mit Granitsteinen gepflasterten Boden der Mittelhalle hinab. Sein Kopf zerfiel hierbei vollständig; der Tod trat auf der Stelle ein.

## Aus aller Welt.

### Was ein Redakteur alles leisten soll.

Durch ein in einem Fachblatt für Druckerereien erschienenes Inserat sucht eine im Regierungsbezirk Trier täglich erscheinende Zeitung mit Abzieldruckerereien einen erfahrenen, militärfreien, lokal-liebenden Fachmann als Redakteur, technischen Leiter, Retteur, Maschinenmeister, Setzer, Buchhalter usw. Ob der Betreffende auch im Haushalt des inserierenden Unternehmers das Stubenmädchen und die Köchin erlegen soll, wird zwar nicht gesagt, doch das „ufo“ läßt auch diese Möglichkeit offen. Die in Frage kommende Zeitung scheint schon nach Loeblicher Methode hergestellt zu werden, nach der der Herr „Redakteur“ noch imstande ist, eine Anzahl ihm nicht zustehender Arbeiten nebenbei zu verrichten. Das Redigieren macht ihm dann kein Kopfzerbrechen mehr.

**Ein Tringelderandal in der Schweiz.** In Bern hat das Zentralkomitee der schweizerischen Landesausstellung von 1914 aus dem Reingewinn von rund 100 000 Fr. seinen drei Mitgliedern Dr. Moser, Regierungsrat des Kantons Bern, eine „Gratifikation“ von 30 000 Fr., dem Nationalrat Hirter, dem Stadtpräsidenten und Ständerat Steiger je 10 000 Fr. bewilligt, drei reichen Herren zusammen also 50 000 Fr., obwohl ersterer sowieso als Präsident des Direktionskomitees eine Jahresbesoldung von 4000 Fr., Steiger eine solche von 2000 Fr. hatten. Die „Verner Tagwacht“ hat den Tringelderandal enthüllt mit dem Erfolg, daß die reichen Tringelderherren tiefgekränkt nun auf die 50 000 Fr. verzichten, die jetzt zur Unterstützung der vielen Kollektenden in der Stadt Bern verwendet werden können.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 404 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2. und 3. Garde-Reg. 3. B.; Garde-Gren.-Reg. Elisabeth; Garde-Fuß.-Reg.; Garde-Jäger- und Garde-Ref.-Jäger-Bat.; Garde-Schützen-Bat. (f. Garde-Fuß.-Reg.). Gren.-bzw. Inf.-bzw. Fuß.-Regimenter Nr. 2, 3, 6 bis einschl. 10, 12, 14 bis einschl. 18, 22, 24, 26, 29 bis einschl. 32 (letzteres f. auch Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 221), 37, 40 bis einschl. 44, 49, 51, 53, 54, 56, 57, 60, 63, 64, 66, 68, 70, 71 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 32), 75, 76, 79, 82, 84, 88 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88), 89, 91, 92, 97, 111, 113, 114, 131, 142, 143, 144 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 228), 147, 148, 150, 151, 152, 155, 158, 168, 170, 172 bis einschl. 176, 330, 341, 373, 377. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 6 bis einschl. 9, 11, 15, 17, 19, 21, 22, 26, 27, 29, 30, 31, 49, 59, 61, 64, 67, 68, 69, 72, 76 bis einschl. 79, 81, 83, 87, 89, 90, 93, 118, 203 bis einschl. 206, 213, 216, 221, 223, 224, 226 bis einschl. 233, 250, 259, 260, 266, 267, 272. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 1. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3 bis einschl. 12, 15, 19, 22, 24, 29, 47, 51, 53, 56, 57, 61, 72, 73, 75, 78, 83, 84, 87, 100. Feld-Inf.-Bat. Nr. 1 des 7. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 2, 3, 4, 7, 9, 11; Ref.-Bataillone Nr. 3, 4, 20. Radfahrer-Komp. Nr. 54 und solche der 11. Landw.-Div.; Ref.-Radfahrer-Komp. Nr. 81. Maschinengew.-Abt. Nr. 2; Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 221; Feld-Maschinengew.-Züge Nr. 15 (f. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 4), 81 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 33), 90 (f. Inf.-Reg. Nr. 15), 286 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 66). Kavallerie: Dragoner Nr. 16; Husaren Nr. 6; Ulanen Nr. 9 und 14; Jäger zu Pferde Nr. 7. Feldartillerie: 3. und 4. Garde-Regiment; 1. Garde-Ref.-Reg. Regiment Nr. 1, 5, 8, 16, 17, 27, 31, 37, 42, 52, 62, 63, 82; Ref.-Regiment Nr. 3 und 7; Landw.-Reg. Nr. 9; Landw.-Abt. des 14. Armeekorps; 2. Landst.-Batt. des 6. Armeekorps. Fußartillerie: 1. Garde-Reg. Reg. Nr. 4; Bat. Nr. 38; Gef.-Bat. Nr. 26; Landw.-Bat. Nr. 5. Fußart.-Batt. Nr. 228. Pioniere: I. und III. Garde-Bat. Regiment Nr. 18 und 23; Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 2, I. und II. Nr. 9, I. Nr. 10, I. Nr. 16, I. Nr. 17, I. Nr. 28; Ref.-Bataillone Nr. 32 und 34; Pionier-Komp. Nr. 213; Ref.-Kompanien Nr. 44 und 75; 2. Landwehr-Komp. des 18. und 3. Landst.-Komp. des 4. Armeekorps. Pionier-Abt. der 6. Kav.-Div. Minenwerfer-Bat. Nr. 1. Feldfliegertruppe. Train: Stappen-Kraftwagenpark der Armee-Abt. Boehrsh. Pferdepark Nr. 1 des 5. Armeekorps. Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonne Nr. 2 der Landw.-Div. v. Bredow und Art. (F)-Munitionskolonne Nr. 187; Ref.-Art.-Munitionskolonne Nr. 6 des 7. Refervelcorps, Nr. 81 der 76. Ref.-Div. und (F) Nr. 92 des 40. Refervelcorps; Fußart.-Munitionskolonne Nr. 5 des 40. Refervelcorps und Nr. 3 der 58. Inf.-Div. Landwehr-Feldlazarett Nr. 6. Armierung-Bataillone Nr. 27, 33, 53, 81, 112.

Die sächsische Verlustliste Nr. 236 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 104, 106, 107, 133; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 102, 107; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 101, 102, 103, 104, 107; Sanitäts-Kompagnien Nr. 2, 19. Armeekorps; Nr. 128; Ref.-Sanitäts-Kompagnien Nr. 2, 12. Refervelcorps; Nr. 58, 27. Refervelcorps; Gef.-Sanitäts-Kompagnien Nr. 5, 19. Gef.-Div.; Feldlazarett Nr. 11, 12. Armeekorps; Ref.-Feldlazarett Nr. 5, 12. Refervelcorps; Freiw. Krankenpflege; Armierungs-Bat. Nr. 23.

Die württembergische Verlustliste Nr. 319 veröffentlicht Verluste des Gef.-Inf.-Reg. Nr. 52; Gren.-Reg. Nr. 119; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Fuß- und Ref.-Inf.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf. und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.-Regimenter Nr. 126, 180; Ulanen-Reg. Nr. 20; Feldart.-Reg. Nr. 13; Sanitäts-Komp. Nr. 3; Verluste durch Krankheiten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Rosenthal. Donnerstag, den 16. Dezember cr., abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 8, 17. Hof rechts, Parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Wandstabe und eine Zahl als Unterscheidungszeichen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsunterstützung beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**B. Z. 100.** 1. Ob Sie mindestens 10 Proz. erwerbsunfähig sind, können wir nicht entscheiden. 2. Wir würden Ihnen empfehlen, einen Antrag auf Kriegsrente beim Bezirkskommando einzureichen. 3. Einziehung könnte auch ohne dies erfolgen, wenn die Reklamation abgelaufen und Sie nach ärztlicher Untersuchung für dienstfähig befunden werden. 4. Rein. — **W. 99.** Wegen Herabsetzung der Gehalts seinerzeit der Erfahrungsbezüge überwiegen. — **M. 2. 115.** Rein. — **Masie 8.** Dienstunfähig; die erste Ziffer bezeichnet Herzkrankheit, die zweite Krankheit des Lymphsystems. — **Alt 312.** 1. Beiträge für Invaliden- und Krankenterversicherung können nur für zwei Lohnperioden in Abzug gebracht werden. 2. Geben Sie die Kündigung dem Hauswirt zu. — **Neuweißow N. 2.** Da die Kündigung nicht vorchriftsmäßig nach den Bestimmungen der Police erfolgt ist, ist die Kündigung des Agenten richtig; der Vertrag ist nicht gelöst. — **F. P. Viegauer Straße 19.** Das entscheidende ist die Militärärzte; wahrscheinlich werden Sie nicht mehr eingezogen. Die Gelder bedeuten: ungenügend; dienstunfähig. — **Berta 100.** Krankentafel wie Invalidenversicherung sind nicht absolut verpflichtet, Johnschlag zu leisten. **R. 21.** Ja; Beschwerde dagegen ist unzulässig. — **R. 23.** Sie müssen sich melden; Nachuntersuchung wird dann stattfinden. — **W. 7. 19.** 1. Die Eltern sind berechtigt, Antrag auf Auswanderungsbefreiung zu stellen, wenn die Söhne insgesamt 6 Jahre Militärdienstzeit nachweisen können. 2. Ja. 3. Der Antrag kann sofort auf dem Polizeiviertel gestellt werden. 4. Antrag auf Kriegserlösgeld ist auf dem Polizeiviertel zu stellen. — **N. G. 25. Nr. 1.** Der Betreffende steht im Militärverhältnis. 2. Wenn die Reklamation vom Arbeitgeber aus erfolgt, ja. — **R. G. 4.** Rein. — **F. G. 86.** 1. Wenn Sie beide großjährig sind, bedarf es keiner weiteren Papiere. 2. Wenn die Trauung in Berlin stattgefunden hat, muß das Aufgebot bei dem Standesamt bestellt werden, in dessen Bezirk Sie Ihren Wohnsitz haben. 3. Rein. 4. Circa 4 Wochen. — **L. R. 26 und P. 27.** Rein. — **Visa 100.** Wenn die Einbindung nicht vor dem 20. September dieses Jahres stattgefunden und der Mann zur selben Zeit im Heeresdienste sich befand, oder inzwischen gefallen oder im Dienst gestorben ist, kann in Anwendung erfolgen. Außerdem muß Bedürftigkeit vorliegen. Adresse: Kriegskinderpenne deutscher Frauen, Privatkanzlei der Frau Kronprinzessin, Potsdam. — **G. G. 25 und W. 13.** Die Berliner Gewerkschaftskommission, Engländer 15, hat die Vermittlung von Beschäftigten übernommen, und dürfte Sie auch in Ihrem Vorhaben beraten können. — **R. B. 25.** 1. Unseres Wissens zum halben Fahrpreis. 2. Zu erfragen bei der Ausweisstelle Potsdamer Bahnhof, wo Sie sich so wie so wegen Fahrpreisüberhebung vorher hinwenden müssen. — **P. R. 34.** Auf den städtischen Kadetier-Inspektionsbureau, wo Sie auch den jetzigen Preis erfahren. — **R. 500.** Aufbewahrung im Keller ist vorzuziehen.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag.** Zeitweise heiter, jedoch vorwiegend wolfig und westlich der Oder geringe Niederschläge. Temperaturen um den Gefrierpunkt schwankend.

ORIGINAL  
SINGER  
Die beste  
Weihnachtsgabe  
Moderne  
Familien-Suß-  
Maschine  
80  
M

*Annoncen- und Druckerei*  
*W. H. Schmidt & Co.*

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Bahnschiff, Kiefernstr. 174.  
O. Carl Mele, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markstraße 36.  
NO. 2. Jucht, Ammannstraße 12.  
N. A. Wolgast, Böttcherstraße 2. G. Fischer, Bastianstraße 6.  
Karl Mars, Grefenbagenstr. 22. J. Schönig, Müllerstr. 34a.  
S. Vogel, Borsingstr. 37.  
NW. Salomon Joch, Wilhelmshavener Str. 48.  
SW. G. Schmidt, Bismarckstr. 42.  
S. St. Fris, Pringstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lützowstr. 14/15. W. Horich, Engländer 15.  
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.  
Baumschulenweg. S. Hornig, Marienbader Str. 13. I.  
Borsigwalde. Paul Rieck, Kiefernstr. 10.  
Charlottenburg. Gustav Zahnberg, Seidenmaier Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Wermann, Riepenicker Str. 18.  
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal. Max Gönner, Bismarckstr. 28.  
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhofsstr. 2.  
Köpenick. Emil Köppler, Kiefernstr. 6. Leden.  
Lichtenberg I. Otto Zeitel, Marienbergstr. 1.  
Lichtenberg II. A. Heintzsch, Marienbader Str. 54.  
Neukölln. W. Petrus, Redarstr. 2. G. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.  
Nieder-Schöneweide. W. H. Harnd, Brückenstr. 10.  
Nowawes. Karl Kronberg, Friedrichsplatz 27.  
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Büchsenmacherstr. 17. Leden.  
Pankow. Otto Rühmann, Wühlstr. 30.  
Reinickendorf. F. Gurich, Brodtkirchstr. 56. Leden.  
Schöneberg. Wilhelm Baumier, Karim-Lützow-Str. 69 im Leden.  
Spandau. Schuhmacher, Breitenstr. 64.  
Steglitz. G. Bernice, Altonenstr. 5.  
Tempelhof. Job. Krohn, Borsigstr. 62.  
Treptow. Robert Grotz, Bismarckstr. 112. Leden.  
Weißensee. Gustav Köstler, Berliner Allee 11.  
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.